

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Vollstedtkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ohne Urwahl kein Mandat!

In Hamburg, in Halle und an anderen Orten haben unsere Organisationen beschlossen, die von uns für die Wahl der Parteitagdelegierten vorgeschriebene Urwahl abzulehnen und die Delegiertenwahlen in Versammlungen oder auf Konferenzen vorzunehmen.

Demgegenüber weisen wir nachdrücklichst darauf hin, daß zum Parteitag keine Delegierten zugelassen werden, die nicht in der Urwahl gewählt worden sind.

In unsern Organisationsgrundlinien heißt es: „Die Parteigenossen sind verpflichtet, das Organisationsstatut in demokratischem Geiste anzuwenden und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben.“ Diese Bestimmung allein schon gibt der Parteileitung das unbestreitbare Recht, Urwahlen vorzuschreiben. Dazu kommt folgende Bestimmung der Organisationsgrundlinien, die uns das direkt zur Pflicht machen:

Um das Schwergewicht der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten vorhanden sind.

Diese Bestimmung ist auf dem Gründungsparteiitag in Gotha auf Betreiben der Spartakusanhänger aufgenommen worden. Die Wendung über die „technischen Möglichkeiten“ bezog sich auf den damals noch herrschenden Belagerungszustand, der die freie Aussprache in der Presse und in Versammlungen, die Vorbedingungen für die Urwahlen unzulässig machte. Solche Hindernisse liegen jetzt nicht vor und die Vornahme der Urwahl ist überall möglich, auch nach der Vorverlegung des Parteitages vom 24. auf den 12. Oktober; liegt doch zwischen Vorverlegung und Parteitags ein Zeitraum von 26 Tagen. Eine Parteiorganisation, die eine so einfache Handlung wie eine Urwahl in dieser Zeit nicht bewerkstelligen könnte, wäre überhaupt aktionsunfähig. Die Urwahl hat also überall stattzufinden. Wo sie trotzdem unterbleibt, verlieren die Parteigenossen das Vertretungsrecht auf dem Parteitage.

In ihrem eigenen Interesse fordern wir deshalb die Parteigenossen überall, besonders aber in den Orten und Bezirken, wo die Urwahl abgesehen worden ist, hiermit auf, demokratische Disziplin zu üben und unverzüglich Urwahlen für die Delegiertenwahlen vorzunehmen.

Berlin, den 30. September 1920.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Ernährungsschwierigkeiten in Rußland.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Note Krasne meldet aus Stokholm: Der Volkskommissar für Ernährung in Sowjetrußland gab vor dem Zentralkomitee folgenden Bericht: Die gesamte Getreideernte beträgt 450 Millionen Pud, Kartoffeln 117 Millionen Pud, Gemüse 28 Millionen Pud, Heu 100 Millionen Pud. Es steht ein sehr schweres Jahr bevor, aber die Versorgungsarbeiten werden über den Hunger den Sieg davontragen.

Verhaftung italienischer Seeleute.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Gegen die Beschlagnahme des russischen Dampfers Kobojsa durch den italienischen Seeleutenverband in Genua hat die Regierung in diesem Seehafen über 50 Verhaftungen vornehmen lassen. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Mitglieder des Seeleutenverbandes. Man befürchtet ernste Verwicklungen, wenn diese nicht wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Der Dampfer Kobojsa ist noch unter zaristischer Flagge gefloht.

Abbruch der Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und den Unternehmern.

Amsterdam, 30. September. Telegramm berichtet aus London: Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Hodges hat bekanntgegeben, daß die Vertreter der Bergarbeiter Lloyd George mitgeteilt hätten, die Besprechungen mit den Bergwerksbesitzern über eine Lösung der Frage der Lohnstreitigkeiten hätten kein Ergebnis gehabt. Lloyd George drückte sein Bedauern darüber aus und drang auf eine neue Zusammenkunft. Die Vertreter der Bergarbeiter antworteten, daß ein weiteres Zusammenkommen mit den Bergwerksbesitzern keinen Nutzen haben könne, und daß sie morgen auf der Delegiertenkonferenz ihr Urteil zum Ausdruck bringen würden.

Wie das Blatt weiter berichtet, sei ein Streik unweifelhaft, wenn die Regierung nicht schnell eingreife. Vor allem die Arbeiter von Süd-Wales verlangen hartnäckig die sofortige Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Das Exekutivkomitee der 3. Internationale hat gegen die Abhaltung unsres Parteitages am 12. oder 24. Oktober „entschieden protestiert“. Diesen Protest weisen wir ganz energisch zurück. Noch sind wir an die 3. Internationale nicht angeschlossen! Noch haben wir unser Selbstbestimmungsrecht! Noch gilt das Diktat der Kommunistischen Internationale nicht im Bereiche unserer Partei! Wir lassen uns das Recht, selbst und allein den Tag des Zusammentritts unsres Parteitages zu bestimmen, nicht nehmen, und weisen daher diesen Einmischungsversuch auf den entscheidenden Punkt zurück.

Das Exekutivkomitee behauptet, daß die „hastige Abarbeitung“ des Parteitages darauf hinfiele, die Arbeiter der Möglichkeit zu berauben, sich über die prinzipiellen streitigen Fragen, die zur Tagesordnung stehen, zu orientieren. Es genügt, diese Erklärung vor der gesamten Parteigenossenschaft zu wiederholen, um das Väterliche dieser Behauptungen darzutun. Ueberall in der ganzen Partei, in der größten wie in der kleinsten Organisation, werden die streitigen Fragen, die mit dem Anschluß an die dritte Internationale zusammenhängen, erörtert, häufig in 2 und 3 aufeinanderfolgenden Parteiversammlungen und in zahllosen Zeitungsartikeln und Flugblättern. Nicht ein Parteimitglied ist der Möglichkeit beraubt worden, sich über die prinzipiellen streitigen Fragen zu orientieren. In unserer Partei haben die Massen glücklicherweise zu großen Einfluß, als daß es nur möglich wäre, ihre Orientierung zu verhindern. Ganz abgesehen davon, daß von den angegriffenen Vorstandsmitgliedern niemand auch nur den Versuch gemacht hat, die Orientierung der Parteigenossen zu verhindern, im Gegenteil, gerade von ihnen alles geschossen ist, um unsere Mitglieder über alle mit dem Anschluß an die 3. Internationale zusammenhängenden Fragen zu unterrichten.

Deshalb kann der Vorwurf der Illegalität und Unredlichkeit, den das Exekutivkomitee wegen der angeblich zu schnellen Einberufung des Parteitages erhebt, das Zentralkomitee der USPD ganz und gar nicht treffen: Wenn ein solcher Vorwurf vom Exekutivkomitee erhoben wird, so beweist es damit nur, daß es von den Verhältnissen in Deutschland keine Ahnung hat, und daß es leichtfertig genug ist, sich alle Angriffe und Anschuldigungen „gegen die rechten Führer der USPD.“ unbedenken zu eigen machen.

Wir wissen ganz genau, daß es für unsere Partei eine Lebensnotwendigkeit ist, so schnell wie möglich, so oder so, die Entscheidung über die Moskauer Bedingungen herbeizuführen. Wir leben in Deutschland in einer revolutionären Epoche und können nicht zusehen, wie die Partei noch länger durch die Streitfrage um Moskau in jeder Aktion gelähmt wird. Es ist für die Arbeiterschaft unerträglich, daß wir in zahllosen Fragen, die von einschneidender Bedeutung in die Lebensinteressen der Arbeiterschaft sind: in den Fragen der Ernährung, der Arbeitslosigkeit, des Steuer- und Finanzwesens, der Sozialisierung und in andern inner- und außenpolitischen Fragen nicht aktiv eingreifen können. Gerade, am unsre Aktionskraft in kürzester Zeit zurückzugewinnen, haben wir uns entschlossen, den Parteitag schon am 12. Oktober stattfinden zu lassen.

Das Exekutivkomitee erklärt ferner, daß wir versuchten, die ganze Streitfrage auf organisatorische Fragen überzuführen. Wer hat denn die Organisationsfrage überhaupt aufgeworfen? Doch lediglich die 3. Internationale selbst! Jetzt, wo uns die 3. Internationale gezwungen hat, zu dem von ihr formulierten organisatorischen Vorschlagsbedingungen Stellung zu nehmen und wo sie uns zu deren Durchführung ultimativ in kürzester Frist zwingen will, sollen wir diejenigen sein, welche die Streitfragen auf das Gebiet der Organisationsfragen lenken. Solche Verfrachtung des Tatbestandes lassen wir nicht zu.

Das Exekutivkomitee unterstellt uns dann den Wunsch, die Hauptprinzipienfragen, nämlich die Frage der Diktatur des Proletariats, des Kampfes um die Räte, der Schaffung illegaler Organisationsstellen (ist das keine Organisationsfrage?), der Verwerfung des Sozialpaktismus zu vertuschen. Wir wissen wirklich nicht,

Berlin, den 30. September 1920.

Neue Unruhen in Italien.

Zürich, 1. Oktober. (T.M.) Der Secolo berichtet, daß in Liguorien anarchoistische Komitees die Staatsordnung sabotieren. Es finden Plünderungen abgelegener Landhäuser und Paläste statt. Die Bauern organisieren eigene bewaffnete Trupps, um sich gegen die Räuberbanden verteidigen zu können. Die Tribuna beklagt, daß die Plünderung der Fabriken in Liguorien Industriegegend auf den Widerstand der radikalen Elemente löst.

Rom, 30. September. Laut Epoca hat die Polizei die Festnahme von drei Ausländern, die bolschewistische Propaganda trieben, verfügt.

was in diesen Fragen noch zu vertuschen wäre. Die Partei hat auf dem Leipziger Parteitag zu allen diesen Fragen Stellung genommen und diese Stellung im Leipziger Aktionsprogramm festgelegt. In der ganzen Frage gibt es in der Partei überhaupt keinen Streit mehr. Das sind für uns keine Fragen mehr, geschweige denn Fragen, die wir vertuschen wollen. Den Vorwurf der Vertuschung kann man höchstens gegen diejenigen erheben, die uns glauben machen wollen, es handle sich lediglich um die prinzipiellen Fragen, nicht aber auch um die Fragen des Selbstbestimmungsrechts unserer Partei. Das Zentralkomitee der USPD, vertuscht nichts.

Das Exekutivkomitee will die deutsche Parteigenossenschaft ferner glauben machen, daß die Kommunistische Internationale keinen Ausschluß von Parteigenossen verlangt. Dabei spricht das Exekutivkomitee in demselben Atemzuge von der Unmöglichkeit, mit einer ganzen Reihe von Genossen in einer Partei zu sein, und gleichzeitig wird gesagt, daß die USPD, nicht als revolutionäre Partei existieren kann, falls sie solche „Verräter“ aus ihren Reihen nicht vertreiben wird. Das ist deutlich genug, um jedem Genossen klarzumachen, was die 3. Internationale will. Wir weisen es zurück, daß fortgesetzt aus Moskau Urabstimmungen nach allen Ländern geschickt werden mit Verschlimpungen solcher Genossen, die sicherlich die Verhältnisse in ihrem Lande mindestens ebenso gut kennen, wie die Genossen des Exekutivkomitees in Moskau. Wenn bezüglich der Genossen, die jetzt ihre Fesseln eingestrichen, auch Maßnahmen zugelassen werden, so muß das Zentralkomitee solche unwürdigen Bestimmungen ganz entschieden zurückweisen. Denn wer würde sich als revolutionärer Sozialist bereit finden, ein Gnadengesuch nach Moskau zu schicken.

Das Exekutivkomitee bestreitet, daß man von einer „Russen-diktatur“ sprechen könne, die uns aufgezwungen werden solle; im Exekutivkomitee seien ja unter 21 Mitgliedern nur 5 Russen! Oberflächlich betrachtet, ist das allerdings richtig. Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Von allen der 3. Internationale angeschlossenen Ländern verfügt doch nur die russische Kommunistische Partei über eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern. Will man uns wirklich glauben machen, daß etwa die 6 Vertreter der kleinen kommunistischen Gruppen von Amerika, England, Frankreich, Holland, Georgien und Korea die Vertreter der russischen Kommunistischen Partei überstimmen könnten? Hält man in Moskau die deutschen Arbeiter wirklich für so dumm, daß sie auf solche Nebenarten hereinfallen könnten?

Schließlich wendet sich das Exekutivkomitee an die Mitglieder unserer Partei mit der Aufforderung, nur solche Delegierte zum Parteitag zu wählen, die für den unbedingten Anschluß an die Kommunistische Internationale eintreten, ohne daran zu denken, daß sie jetzt die Frage entscheiden, ob wir in die brüderlichen Reihen der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt treten oder Gefangene der Agenten des Kapitals bleiben wollen.

Darauf antworten wir: Die Frage, ob wir mit den revolutionären Arbeitern der ganzen Welt eine Front bilden oder Kapitaloktate bleiben wollen, steht gar nicht zur Entscheidung. Die ganze Partei will die geschlossene Phalanx der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt. Unsere Partei steht seit Jahren im schwersten Kampfe gegen das Kapital. Wir waren niemals Gefangene der Agenten des Kapitals und werden es niemals sein. Wir wollen aber auch nicht Gefangene der Moskauer Internationale sein. Es ist unser heißester Wunsch, daß endlich an die Stelle der bankrotten 2. Internationale eine revolutionäre Internationale der Tat tritt, daß aber die Parteien der verschiedenen Länder in dieser Internationale gleichberechtigt sind.

Deshalb fordern wir unsre Genossen auf: Wählt Delegierte zum Parteitag, die diese 21 Bedingungen nicht annehmen, damit der Weg frei wird für einen Zusammenschluß der USPD mit den revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder und der Kommunistischen Internationale.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Ministerkonferenz über die Ernährungsfrage

Aus Berlin wird gemeldet: Die Frage der Ernährung des deutschen Volkes wird in einer am Freitag im Reichsernährungsministerium stattfindenden Konferenz gründlich beraten werden. Zu dieser Konferenz sind alle Landwirtschafts- und Ernährungsminister der Einzelstaaten eingeladen. Die Tagesordnung sieht an erster Stelle eine allgemeine Aussprache über die Ernährungsverhältnisse Deutschlands vor. Dann soll die Erhöhung der Brotaktion, das Außenhandelsverbot, die Durchführung der Haverzwangsbewirtschaftung, die Kartoffelverfälschung, die Milchzuckerpreise und die Frage der Ein- und Ausfuhr besprochen werden.

Die deutsche und die russische Bourgeoisie.

In der Parteidiskussion gegen über für die Forderungen der kommunistischen Internationale spielt das verschiedenartige Verhältnis des russischen und des deutschen Proletariats zur Bauernschaft ihrer Länder gewiss eine ausschlaggebende Rolle. Der russische Bauer war und ist revolutionär; der deutsche Bauer, auch wenn er in unserem Lande gegenüber dem Arbeiter in der Minderheit ist, ist als Klasse der geborenen Konterrevolutionäre, Prestriber und Monarchist. Das liegt an der historisch und wirtschaftsgeographisch gegebenen Tatsache, daß die exzentrische Lage Rußlands, exzentrisch vom westeuropäischen Kulturzentrum aus gesehen, Entwicklungen bei sich stets zwei, drei Menschenalter später hat heranzubringen und heranzureifen sehen als das Kulturlocher Berlin-London-Paris-Rom. Rußland vollzog in der bolschewistischen Herbstrevolution von 1917 gleichzeitig mit der proletarischen Erhebung auch erst seine Bauernbefreiung, die Frankreich bereits unter den Marschmägen der Blaufaule vor 130 Jahren und Preußen-Deutschland in jenen Reformen einleitete, welche die sogenannten „Befreiungskriege“ der napoleonischen Zeit vorbereiteten. Ohne Zweifel ist durch die revolutionäre, wenn auch keineswegs sozialistische und kommunistische Geistverfassung der russischen Bauernschaft der Bolschewikaufruf erst möglich geworden, und ganz außer Zweifel steht es auch, daß in Westeuropa, wo die Bauernschaft konterrevolutionär, merkantil und monarchistisch gekannt ist, das Industrieproletariat vor und in einer ganz andern Kampfsituation steht. Daraus ergibt sich ohne weiteres auch das die Gegner der russischen Bedingungen vorzüglich bestimmende, zehnwichtige Argument, daß dem westeuropäischen Proletariat unmöglich seitens der proletarischen Führer Rußlands die Kampftaktik vorgezeichnet werden kann. Prinz Eugen, der edle Ritter, wird von Koch sterblich geschädigt und verehrt, aber kaum als Lehrmeister der Taktik anerkannt.

Nach viel wichtiger erscheint aber die Frage, wie der unmittelbare Klassengegner des Proletariats in Rußland und im Gegensatz dazu in Deutschland-Westeuropa beschaffen ist und welche Verschiedenheiten für die moderne Arbeiterschaft sich hier wie dort gegenüber der Bourgeoisie ergeben. Der normalgeschichtliche Verlauf des proletarischen Befreiungskampfes ist doch der, daß in jedem Falle das Proletariat als seinen stärksten und unmittelbaren Gegner die Bourgeoisie niederzuwerfen hat. Von der Stärke oder Schwäche dieser letzten Herrenminderheitsklasse, die vor der klassenlosen Gesellschaft des befreiten Proletariats steht, hängt die eigentliche Entscheidung ab. Der Bourgeois hat ja — immer gesehen im normalen Verlauf der Klassenkämpfe, wie ihn die kapitalistischen Großstaaten Frankreich, England, Deutschland, Italien aufweisen — in seinem eigenen Klasseninteresse alle oder doch die meisten Kräfte freier Klassenherkunft bereits besitzend, ehe das Proletariat in die entscheidende Phase seines eigenen Emanzipationskampfes eintritt. Der Bourgeois Mittelalters schuf sich den demokratischen Freistaat, er baute die Parlamente, er organisierte die öffentliche Meinung, er verließ Stimmrecht und Koalitionsfreiheit. Kurz und gut: er schuf damit das Sprungbrett und ebnete damit das Vorfeld für den eigentlichen proletarischen Kampf und es war nicht ein Zufall der Weltgeschichte, sondern eine instinktive ererbte Lebensnotwendigkeit der Arbeiterschaft, daß sie die bürgerlichen Revolutionen stets mit allen Kräften unterstützt hat und daß sowohl auf den Pariser Juliarristaden von 1830, wie auf den Leipziger und Berliner Barrikaden von 1848 die Blumenmänner neben den Studenten wuchsen. Dieser westeuropäische Bourgeois, der Fabrikant, der Manufakturiermann, der reichgewordene Viehejer, welcher der geschichtliche Schrittmacher unserer eigenen sozialen Revolution war, ist aber im Entscheidungskampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung auch der jüngste und deshalb stärkste Klassengegner der Arbeiterschaft. Nicht so sehr gegen die Junker und Pfaffen, als gegen die Absoluten und Pfaffenstände, weniger über die Leiche abgestandener Geistesordnungen, als über die des modernen Völkerrichts führt der Weg zur Befreiung unserer Klasse. Der Ehrerb heißt Bourgeois, der vor dem Paradies der neuen Welt mit flammendem Schwert steht.

Gerade aber auch in dieser Hinsicht steht das russische Proletariat in einer geschichtlich ausnahmsweise günstigen Situation, und in dieser günstigeren Situation, bei weitem günstiger als die unsrige, befindet sich die Revolutions- und Regierungspartei Moskaus noch heute. Diese wesentlich günstigeren Chancen der Bolschewiki gegenüber der russischen Bourgeoisie sind aber noch viel entscheidender für die Beurteilung des Erfolgs der russischen Revolution und für das Problem ihrer Taktik einschließend deren Übertragung auf andere Länder, als die bessere Lage der Bolschewisten gegenüber der Bauernschaft. Leider ist gerade dieses Moment in der Diskussion um die Moskauer Bedingungen bloßer Trost wie gar nicht hervorgehoben worden, und doch kommt wenigstens für unsre Entscheidung fast alles darauf an.

Rußland hat nämlich heute wie gar keine Bourgeoisie in westeuropäischem Sinne. Seine Statistik zählt nur 14 Prozent städtischer Bevölkerung im Gegensatz zu 69 Prozent ländlicher Bevölkerung auf. Nicht mehr als vier Städte besaß das ehemalige Zarenreich, die über 400 000 Einwohner zählten, Petersburg (1 500 000), Moskau (1 150 000), Warschau (650 000) und Odessa (420 000); die beiden letzteren liegen noch dazu außerhalb des heutigen Sowjetrußlands. Städte über 100 000 Einwohner, also überhaupt Städte im modernen Sinne, gibt es in Rußland (gemeint ist immer das Zarenreich, für das die Statistik allein genau vorliegt) gerade 20. Davon gehören aber mehr als die Hälfte zum westlichen Rußland, in denen bei der bolschewistischen Revolution die deutsch-österreichischen Okkupationsarmeen saßen, so daß sie an der proletarischen Erhebung gar keinen Anteil nahmen und deshalb für die Beurteilung der Dinge auch noch heute auscheiden. Deutschland dagegen hat, bis zum Datum der obigen Berechnung, genau noch einmal so viel, nämlich 41 Städte über 100 000 Einwohner. Die Zahl unserer kleineren Städte, in denen es aber auch eine typische Großbourgeoisie gibt, geht in die Hunderte. Der Unterschied ist prinzipiell in die Augen: Dort in Rußland allein Petersburg und Moskau mit einem modernen Proletariat und mit einer modernen Bourgeoisie, hier in Deutschland eine gleichmäßige Verteilung selber viel kopfreicheren Klassen auf zahlreiche Punkte des Landes. Eine deutlichere Sprache redet vielleicht noch folgende Tatsache: Von 1871 bis Anfang 1905 sind in Deutschland allein 5478 Aktiengesellschaften gegründet worden. In Rußland waren es bis 1885 nur 459, die bis 1905 ihre Zahl kaum verdoppeln konnten. Reichlich die Hälfte dieser russischen

Aktiengesellschaften aber war polnischen und nicht russischen Charakters. In der Tat hat Rußland einen ganz andern Typ Bourgeoisie als Deutschland. Wie seine Industrie künstlich aus dem europäischen Westen nach Rußland verpflanzt wurde, so hat es auch künstlich, allerdings in sehr spätkühler Zahl im Verhältnis zur Kolonialmacht, seine Bürgerklasse herangezogen. Diese ist in der Treibhausatmosphäre der Mittelschen Industriefreundlichkeit im letzten Menschenalter gewissermaßen ausgeblüht worden. Der russische Bourgeois hat nur sehr geringe Bodenständigkeit. Er schwimmt als beweglicher Delfin auf dem weiten, stillen Meer der russischen Agrarwirtschaft, wohnt ihm gerade der Profit trägt. Er ist weniger „Industrieller“, „Gewerkschaftler“ nach unsern deutschen Begriffen, als gerissener Konjunkturparasit, der weniger auf die sichere und regelmäßige Dividende als die spekulativen Prämien des Lausgeschäfts rechnet. Dieser russische Bourgeois hat keine Geschichte zu verteidigen wie der deutsche und er ist nicht in Generationen festgewurzelt wie unser deutscher Bürger, der sich aus dem Handwerkerstand langsam über die Manufaktur herangebildet hat. Der „Bursch“ hat keine besonderen Traditionen, keine besondere Kultur, keine besondere Lebensauffassung zu verlieren. Er ist ein Teil der Weltbourgeoisie, ohne daß er bereits Zeit gehabt hätte, sich einen bestimmten Charakter herauszuarbeiten, sich eine bestimmte geistige und kulturelle Struktur zu geben. Mit dieser Bourgeoisie fertig zu werden, war für das Petersburger und Moskauer Proletariat, nachdem es mit jener Bourgeoisie zusammen in der Märzrevolution von 1917 einmal die eigentlichen reaktionären Hauptbollwerke, das Zarentum und seine Bureaucratie, gestürzt hatte, ein halbes Jahr später wahrhaftig kein besonders schwieriges Unterfangen mehr. Die Mistkulturs und Gutschilows sind wahrhaftig nicht solche Gegner, wie es die Helferräte und Sinnlose in Deutschland nebst ihrem Anhang sind.

Darauf aber gerade kommt es an: Der eigentliche Klassengegner für das Industrieproletariat des Westens ist nicht der längst beseitigte oder doch mundtot gemachte Feudal, sondern der Bourgeois; ist nicht die Großgrundbesitzerherrschaft, sondern der moderne Parlamentsstaat mit einer eigenen Kultur, einer eigenen Vergangenheit, einer eigenen Tradition. Bei uns hat auch der Bourgeois eine Welt zu verlieren! Der trotzig-kampfwille gerade unser Zeitalter war in dieser Hinsicht lehrreich. In Rußland hatte der Bourgeois höchstens ein bequemeres Praxerleben und hatte er zwei Jahrzehnte guter Konjunktur einzuatmen. Das ist der große Unterschied, der zwischen der russischen und der westeuropäischen sozialen Revolution besteht. Was in Rußland vielleicht in vierundzwanzig Stunden gelang, bedeutet hier ein Ringen von Jahrzehnten; was dort der Handreich vermochte, erzielt hier nur ein hartnäckiger Festungskrieg. Die russischen taktischen Methoden können uns deshalb nie das Vorbild geben; denn die Taktik bestimmt für jede Kampfpartei der Gegner, seine Stärke und sein Verhalten. Die Gegnerkraft aber, auf die das westeuropäische Proletariat in seinem Befreiungskampf stützt, ist eine ganz andre, als sie die russischen Arbeiter vorgefunden haben. Wir werden unsern Kampf und nicht den der Russen zu führen haben, und für dessen glückliche Durchführung sind wir uns selbst verantwortlich, nicht aber dem kommunistischen Generalkomitee in Moskau!

Kommunistische Rundschau.

Als geistiges Zentrum der „Anker“ Genossen der U.S.P. ist schon erschienen Heft 1 der Kommunistischen Rundschau, herausgegeben von Ernst Däumig, Kurt Geiger, Walter Stoeker, Berlin. Verlag A. Hoffmann, die, wie es im Einführungsartikel heißt, seit langem geplant war. „Unser Ziel“ betitelt sich der Programmabdruck von Walter Stoeker, dem nach Form und Inhalt sich die folgenden Abhandlungen würdig anreihen. Es ist die alte Methode: Parzianale, revolutionäre Phrasologie, radikale Worte, aber wenig revolutionäre wissenschaftliche Untersuchung. Die kommunistische Rundschau dient der „Selbstveränderung“, sie will „den Gesundheitsprozess mit allen Kräften fördern helfen“; deswegen bekämpft sie den „elenden passiven Geist, den kautskischen ökonomischen Fatalismus“. „Es ist“, wie Stoeker sagt, „im Gegenteil jetzt unsre Pflicht, die vorhandenen Gegensätze mit aller Schärfe herauszuarbeiten, um eine völlige Klärung herbeizuführen. Es muß uns unter allen Umständen gelingen, eine vollständige geistige Umstellung der Partei in den Fragen der Diktatur und deren Mittel, wie Bürgerkrieg, Gewalt, Terror usw., herbeizuführen und die Ausschließung der passivitätsoptionen Elementen durchzuführen. Wer nicht für uns ist, wer nicht entschlossen ist, mit aller Energie mit uns für die Eroberung der proletarischen Diktatur zu kämpfen und diese Diktatur mit allen Mitteln durchzuführen, der ist gegen uns, der soll seine eigenen Wege gehen. Es geht unmöglich so weiter, daß in der Führung sein sollender Partei andauernd von den verschiedensten Elementen hin und her gezogen wird. Bitter notwendig ist dagegen eine Vereinigung mit den marxistischen Elementen, die sich im Januar 1919 leider von uns abgesplittert haben.“ Stoeker hält den kommenden Hinauswurf der „rechten“ Führer für revolutionären Marxismus.

Das ist auch der Ton, den Ernst Däumig in seinem Bericht über den Moskauer Kongress anschlägt. Allgemein übliche Betrachtungen ohne tiefere Analyse, mit der unvermeidlichen Unterstellung, daß die Gegner der Anschließbedingungen zugleich Gegner der russischen Revolution seien, die die braven Mitglieder einweisen. „Diese braven Mitglieder merken nicht, daß der Anschlag an Moskau gleichkommt der Beurteilung einer Postkarte der Führer, die so beweglich über das Diktat von Moskau lamazieren; sie merken nicht, daß der Kampf gegen Moskau bei vielen Führern gleichbedeutend ist mit dem Kampf um das politische Renomme und — die materielle Position.“ Nach dieser insamen Verdächtigung der Gegner seiner Richtung kommt Däumig zu dem Schluß: „Wenn jetzt in der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie der Kampf um den Anschlag an die kommunistische Internationale tobt, so handelt es sich wahrlich nicht um die Autonomie und die Ehre der Partei, nicht um das brutale Diktat einer ständischen Moskauer Clique, sondern es handelt sich darum, ob das klassenbewußte deutsche Proletariat sich für den unausweichbaren Kampf mit Kapital und Gegenrevolution endlich freimachen will von verwirrenden Ideologien und organisatorischer Zerfahrenheit, oder ob nach dem Motto: Stille, stille, kein Geräusch gemacht! weiter dahingeworfen werden und das deutsche Proletariat unter dem doppelten Druck des

heimlichen und ausländischen Kapitals und unter der Fuchtel der triumphierenden Gegenrevolution durch Generationen hindurch ein Helotenleben führen soll.“ In Wahrheit bringt das Treiben der Däumig und Genossen Parteispaltung, Zerschüttung der proletarischen Bewegung Deutschlands, persönliche Vergiftung des Meinungskampfes, kurz, die Unfähigkeit der deutschen proletarischen Bewegung, durch geschlossene Massenaktionen dem russischen Proletariat zu helfen und die Weltrevolution vorwärts zu treiben, das eigene wirtschaftliche Elend zu bekämpfen, die politische Macht zu erringen, und die Sozialisierung durchzuführen.

Dazu paßt, daß man die „Erfurter Eisenbahner als aus dem Aktar der Gegenrevolution vom Proletariat Geopfert“ denunziert, die Neutralitätspolitik der U.S.P. als schwächliche Dilettanten bezeichnet (Anna Geiger), daß man mit einer pseudomarxistischen Begründung jede positive Steuerpolitik ablehnt (Kurt Geiger), und in einer an Selbstverständlichkeiten reichen Betrachtung „Die Sozialisierung — eine Nachfrage“ (Koenen) alle Unterschiede zwischen Teil- und Vollsozialisierung in der einfachen Formel der „Diktatur des Proletariats“ verschwinden läßt. Das Heft 1 der kommunistischen Rundschau, in der natürlich Stoeker die Leipziger Volkszeitung neben dem Sozialist wegen Mangels an reichhaltiger Aufklärungsarbeit während ankämpft, ist ein Spiegelbild jenes neumodischen Marxismus, bei dem sich allerdings „Marx im Grabe“ rumbrehen würde, trotz der Lobreden, die ihm fast auf jeder Seite gesendet werden.

Es ist die Erfindung der Methode durch die Formel, des selbständigen Gedankenganges durch die Schablone, der wissenschaftlichen Politik durch die agitatorische Geste. Es ist die Vereinfachung des Marxismus, seine Anpassung an das Bewußtsein rückständiger, erst durch den Krieg politisierter Massen, das hier als neueste Fortbildung des Marxismus geprisen wird.

„Diese Reform des Bewußtseins“ ist nicht im Sinne des jungen Marx, der wohl die liebeseligen Titaden des wahren Sozialismus mit ähndem Hohn überzog, aber auch die Verschwörungstaktik und Revolutionsromantik eines Bakunin mit der ganzen Energie seines revolutionären Temperaments und der klaren Erkenntnis des wissenschaftlichen Politikers bekämpfte.

Neu-Bakunismus ist die Fabrikmarke für die Geistesprodukte, die die kommunistische Rundschau ihren Lesern bietet.

Zu dem oben zitierten infamen Satz aus dem Artikel Däumigs erläßt das Zentralkomitee folgende Erklärung:

Die Befürworter der Moskauer Anschließbedingungen bedienen sich in wachsendem Grade einer Form der Polemik, die den elementarsten politischen und persönlichen Anstand vermissen läßt.

Mit diesem Satz spricht der Vorsitzende der U. S. P. D. in einer von ihm und einem andern Mitglied des Zentralkomitees der U. S. P. D. herausgegebenen Zeitschrift den Verdacht aus, daß vielen Führern der U. S. P. D. der Kampf gegen die Anschließbedingungen gleichbedeutend ist mit dem Kampfe um die materielle Position. Es ist unerhörte, daß ein Vorsitzender der Partei den Parteifreien auf ein so tiefes Niveau herabdrückt und mit solchen Unterstellungen arbeitet. Diese niedrigen Anwürfe auf die Mitglieder unserer Partei weisen wir energisch zurück. Wir sind sicher, daß die große Mehrheit der Parteigenossenchaft mit uns eine solche Kampfmethode auf das Entschiedenste verurteilt.

Berlin, den 30. September 1920.
Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Die Organisationen zum Moskauer Diktat.

Wausdorf.
Die Mitglieder des Ortsvereins nahmen in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung zur Frage des Anschlusses an die 3. Internationale Stellung. Genosse Fichte sprach gegen die Annahme der Moskauer Bedingungen, Genosse Schürja dafür. Nach reichlicher Ausdebatte wurde gegen eine kleine Minderheit eine Resolution angenommen, die die Notwendigkeit des Zusammenchlusses aller revolutionären sozialistischen Parteien zu einer aktionsfähigen Internationale betont. Den Anschlag an Moskau unter den vorliegenden 21 Bedingungen jedoch ablehnt.

Bezirk Eberfeld—Warmen.
Am Mittwoch, den 29. September, fand in Eberfeld eine Kreisversammlung für den Bezirk Eberfeld—Warmen statt. Referent war Genosse Ledebour. Korrespondent Genosse Stübner. Nach mehrstündiger Diskussion wurden zwei Anträge zur Abstimmung gebracht. Die Abstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit gegen die Bedingungen. An der Kreisversammlung nahmen etwa 400 Delegierte aus dem gesamten Bezirk teil.
Für die Bedingungen beschloß eine Mitgliederversammlung in Hochheim (Niederrhein), eine Parteikonferenz des Kreises Duisburg, eine Versammlung in Hagen, die U. S. P. Breslau (7. Mehrheit), eine Mitgliederversammlung in Ettlin (105 gegen 88 Stimmen).

Die elsässische Arbeiterkraft gegen den Anschlag an Moskau.
TU. Straßburg, 1. Oktober. Straßburger Blättern zufolge haben die oberelsässischen Gewerkschaften mit knapper Mehrheit und die unterelsässische Arbeiterkraft mit zwei Dritteln Mehrheit den Anschlag an die dritte Internationale in Moskau abgelehnt.

Paris, 29. September. Vetti Pariser meldet, der sozialistische Gewerkschaftsrat des Seine-Departements habe mit knapper Mehrheit den von einigen Sektionen der Pariser Bezirke gestellten Antrag auf Veranlassung einer Abstimmung über Beitritt oder Nichtbeitritt zur Dritten Internationale abgelehnt.

Vor der Spaltung der italienischen Sozialisten.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Das Berliner Tageblatt meldet über Basel: Die italienische sozialistische Parteileitung hat die Beratung der Bedingungen des Kongresses von Moskau über den Eintritt in die 3. Internationale ausgenommen. Der Generalsekretär der Partei, Serrati, gab der Notwendigkeit Ausdruck, aus der Zweideutigkeit herauszukommen und die Partei zu reinigen. Serrati erklärte, Moskau sei schlecht über die politische Lage Italiens unterrichtet gewesen. Abgelehnt sprachen sich ebenfalls für die Reinigung der Partei aus. Serrati brachte dann die Tagesordnung ein, welche den Bericht billigte, den Serrati auf dem Moskauer Kongress über die Stellung der sozialistischen Partei Italiens gegeben hat und welcher erklärte, die Beschlüsse und Leitfäden des Kongresses anzunehmen, sobald sich alle der 3. Internationale angehörenden Parteien dazu verpflichten. Diese Vorhänge sollen dem nächsten nationalen Kongress unterbreitet werden, namentlich die Frage, welche die parlamentarische Gruppe, die Syndikate und die nichtkommunistischen Elemente behandelt. Diese Tagesordnung wurde von der Mehrheit angenommen. Sodann begann eine Aussprache über die von Moskau vorgelegten Bedingungen, welche morgen fortgesetzt wird.

Mailand, 29. September. (Stefani.) Wie der Quanti meldet, hat Graziani in der Sitzung der sozialistischen Parteileitung betont, daß eine Spaltung der Partei im ganzen Land unabwendbar sei, um den Kommunisten die nötige Einheit und Kräfte zu ihrer Aktion zu geben. Serrati ist ebenfalls der Ansicht, daß die Partei der Spaltung entgegengehe.

Gewaltmaßnahmen der tschechischen Rechtssozialisten.

Prag, 1. Oktober. Die Vertreter der tschechischen sozialistischen Arbeiterpartei haben unter dem Vorsitz des Abg. Kerner Beratungen über die letzten Vorgänge in der Partei abgehalten. In der Konferenz waren 53 Delegierte aus der ganzen Republik beteiligt. Von den Beschlüssen sind hervorzuheben: Die Nichtanerkennung der jüngst abgehaltenen Kommunistenkonferenz (?) als Parteikonferenz. Die Abgeordneten beider Kammern sollen demnächst zusammentreten, um die Anhänger der kommunistischen Internationalen auszuschließen und die Richtlinien des weiteren Verhaltens festzusetzen. Die Verantwortung der kommunistischen Konferenz in Prag wurden einstimmig aus der Partei ausgeschlossen. Weiter wurde die Anregung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf Schaffung eines ständigen sozialistischen Kongresses gutgeheißen. Der Vorstand wurde beauftragt, das Nötige zur Realisierung dieser Anregung zu unternehmen.

In der tschechischen Sozialdemokratie ist leider der Einfluss der Arbeiterpartei vom Schlage Scheibemann noch sehr groß. Daraus ist die unvernünftige Gewalt- und Ausschlußpolitik gegen die Opposition, die übrigens keineswegs durchweg kommunistisch ist, zu erklären.

Die Konferenz der Opposition in Prag wurde am 28. September geschlossen, ohne daß eine Abstimmung über den Verbleib der tschechischen Sozialdemokratie erfolgt wäre. Die Entscheidung darüber wird den tschechischen Organisationen oder dem künftigen Parteikongress überlassen. Das Aktionsprogramm, das beschlossen wurde, fordert radikale Enteignung der Fabriken, Banken, Bergwerke und Versicherungsanstalten, Ausbau des Nützlichkeits, Arbeitspflicht vom 18. bis zum 60. Altersjahr und Solidarität mit dem Proletariat der anderen Nationen. Zugleich wird die Koalitionspolitik verworfen. Der dem Volkskongress angehörige Wälther wurde zum Rücktritt aufgefordert, weil er sich aber, da sich die Massenbedingungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegen die Prager Verfassungen mehren.

Das Aussehen des Beschlusses über den Anschluß an die kommunistische Internationale sowie die zurückhaltenden Wendungen in der von uns wiedergegebenen Rede Smerals — man werde die Revolution nach eigenen, nicht nach russischen Methoden machen — zeigen wohl, daß die Opposition nicht unbeeindruckt als kommunistisch anzusehen ist.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Die Erörterung der Geld- und Wechselkursfragen.

Brüssel, 29. September. Aus dem umfangreichen Bericht des Präsidenten der Niederländischen Bank-Bijering zur Frage des Wechselkurses und des Geldproblems ist hervorzuheben. Das Geldsystem der hauptsächlichsten Staaten beruht auf dem Werte des Goldes. Das Verbot der Goldausfuhr hebt das Gleichgewicht zwischen dem Werte des Goldes und dem des Papiergeldes auf. Zur Frage der Verminderung der Kaufkraft des Geldes hat Bijering es für erforderlich, daß die Produktion von Maschinen vermehrt und der Verbrauch nicht wichtiger Erzeugnisse vermindert werde. Zur Verminderung des Papiergeldumlaufes sei es nötig, einen festen Wertmesser zu schaffen. Eine zu rasche Verminderung des Notenumlaufes sei ebenso gefährlich wie die Inflation. Bei der Beipräfung der Lage der Vereinigten Staaten steht Bijering fest, daß falls die Vereinigten Staaten auch weiterhin auf Zahlungen von Seiten Europas bestünden, der Dollar andauernd steigen würde, weil Europa weit davon entfernt sei seine Produktion und Ausfuhr soweit zu steigern, daß es hierin den Vereinigten Staaten ablehnen könnte. Bijering wünscht schließlich, daß die Diskussion sich auf folgende vier Punkte beschränke: 1. Die Möglichkeit und Ermöglichkeit der Verminderung der Inflation und die hierzu erforderlichen Mittel. 2. Die Frage, ob eine Rückkehr zum Gold als festem Wertmesser erwünscht und möglich sei. 3. Beibehaltung der Bankpolitik die Frage, ob es möglich sei, in jedem Lande allgemeine Maßnahmen zu treffen, um feste Bank- und Diskontsätze für die Emissionsbank festzusetzen. 4. Die Frage, wie weit internationale Maßnahmen möglich und erwünscht seien, um die Schwankungen des Wechselkurses zu begrenzen, und ob es möglich sei, eine internationale Münze oder Rechnungseinheit zu schaffen. Solange man nicht ein Zusammenarbeiten der einzelnen Regierungen erreichen könne, würden alle Projekte fehlschlagen.

Von den Einwürfen, die Lord Cullon gegen die Einzelheiten des Vorschlages vorbrachte, sind zu erwähnen: In der in England bestehenden Forderung sei nicht die allerdings bestehende Inflation schuld. Zur Herbeiführung einer normalen Lage und zur Verminderung des Notenumlaufes müsse man einen Anstoß leisten, der den augenblicklichen Verhältnissen entspreche; man müsse Anstöße für die Einfuhr lebenswichtiger Waren geben und die Einfuhr von Waren, die nicht unbedingt erforderlich seien, einschränken. Die einzigen Mittel, um den Wert des Geldes zu stabilisieren, seien Arbeit und Sparjamkeit.

Beratungen über die internationalen Handelsbeziehungen.

Brüssel, 30. September. Die Finanzkonferenz nahm heute vormittag die armenischen und die ungarischen Finanzexperten entgegen. Der Vizepräsident der Routers (Polen) verlas einen ausführlichen Bericht über die Lage des Weltmarktes. Der Krieg habe neue Handelswege geschaffen. Die Krise sei zwar allgemein, die Nationen hätten aber trotz der wirtschaftlichen Erschütterung noch die Möglichkeiten zum Aufschwung und würden in einigen Jahren eine bisher ungekannte Blüte erleben. Zur Erleichterung des Aufschwungs der Völker müsse ein internationales Zusammenarbeiten organisiert werden. Der belgische Handelsminister bezeichnete als wichtigste Voraussetzung für die Wiederaufnahme des internationalen Handels die Freiheit in der Wirtschaft. Alle einschränkenden Maßnahmen müßten abgebaut werden. In der anschließenden Aussprache betonte ein Vertreter Italiens das Recht aller Staaten auf Rohstoffe. Ein japanischer Delegierter sprach sich für Erleichterung der Papi- und sonstigen Grenzvorschriften aus. Bemerkenswert ist noch, daß der japanische Vertreter bemerkt war, die von dem belgischen Handelsminister gekennzeichnete günstige Wirtschaftslage seines Landes abzuschwächen. Auch für die Frage des internationalen Handels wurde eine besondere Kommission gebildet, die über alle Einzelheiten noch zu beraten hat. Ihr gehört von deutscher Seite Bankdirektor Urbia an.

Paris, 30. September. Die Agence Havas meldet aus Brüssel, es sei möglich, daß die Konferenz noch wenigstens 7 Tage dauern werde, um ihre Arbeiten zu vollenden.

Der Bericht über Frankreichs Finanzlage.

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der D. W.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Brüssel: Der französische Bericht, der heute eingereicht worden ist, kommt zu folgenden Schlüssen: Aus den voranzugewandten Auswärtigen geht hervor, daß Frankreich mit Hilfe seiner gewöhnlichen Einnahmen seine gewöhnlichen Ausgaben zu decken imstande ist und trotz der Kriegsverluste, die es mehr als irgendein anderes Land erlitten hat, ist Frankreich allein zur Wiederherstellung seiner Verluste überge-

gangen. Die Lasten, die es sich auferlegt, sind schwerer als die, die irgendein anderer Staat auf sich genommen hat. Das geht daraus hervor, daß die Steuerlasten, die jeder Franzose trägt 108 Dollar pro Kopf ausmachen, d. h. 40 Prozent des National-Einkommens. Das Gewicht der Schulden, die Frankreich hat beträgt 180 Prozent des gesamten National-Einkommens. Infolgedessen mußte der Reichseinkommensteuern. Dieser Druck ist jetzt so bedeutend, daß es schwer sein dürfte, ihn zu erhöhen. Trotzdem trägt Frankreich allein seit einem Jahre diese Lasten, die es zu erdulden drohen, für den Wiederaufbau von Feinde besetzter Gebiete. Auf diesen Wiederaufbau lenkt die Delegation die Aufmerksamkeit der Konferenz. Dieses Werk muß in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrag sich vollziehen.

Kein positives Ergebnis der Konferenz.

London, 30. September. Daily Telegraph schreibt zur Finanzkonferenz in Brüssel, alle diejenigen, die konkrete Ergebnisse in Gestalt der Emission einer großen internationalen Anleihe zur Finanzierung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungsumme erwarteten hätten, würden gewiß enttäuscht sein.

Der Kampf um Groß-Berlin.

Ein Sieg der Reaktion.

Die preussische Landesversammlung besaßte sich am Mittwoch mit dem vom Ausschuss abgeänderten Gesetz über Groß-Berlin. Nach dem Bericht gehen die Ausschussmitglieder dahin, daß der Magistrat aus 30 Mitgliedern bestehen soll, von denen 12 unbesoldet sein müssen. Ferner wird die Bestimmung gestrichen, nach der der Magistrat der neuen Stadtgemeinde erstmalig die Bürgermeister und deren Stellvertreter für die einzelnen Verwaltungsbezirke ernannt. Die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte einen Antrag eingebracht, wonach der Magistrat aus 30 Mitgliedern bestehen soll, die sämtlich besoldet sind. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages forderte ein Eventualantrag die Herabsetzung der unbesoldeten Magistratsmitglieder auf 3, 5 oder 10. Die bürgerlichen Parteien haben alle vorgeschlagenen Anträge 48 Stunden vor dem Inkrafttreten des Gesetzes durchgedrückt. Das Beharren der sozialistischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hinsichtlich der Wahl der Magistratsmitglieder war den bürgerlichen Sozialdemokratischen Terror. Sie stützten in die preussische Landesversammlung, um dort mit ihrer Mehrheit die Beschlüsse der Stadtverordnetenmehrheit durchzusetzen. Worauf es den bürgerlichen Parteien bei dieser Aktion ankam, zeigt eine Zeitung der Deutschen Zeitung. Kund und nett erklärt sie, „daß es ein Unglück war, und ein ganz unverantwortlicher Reichsminister der bürgerlichen, den sozialistischen Parteien die Fähigkeit und Überhaupt den Willen positiver kommunalpolitischer Arbeit zuzuerkennen!“

Die bürgerlichen fürchteten, daß die sozialistische Kommunal-tätigkeit immer weiteren Kreisen der Bevölkerung die Erkenntnis von der Überlegenheit sozialistischer Verwaltungsorganisation bringen und so immer weitere Kreise zu bewußter und energischer sozialistischer Politik führen könnte. Deshalb sollte die preussische Landesversammlung Berlin „retten“.

„Berlin ist“, so schreibt das schon zitierte Blatt, „die Reichshauptstadt, die Hauptstadt von Preußen, oder vielmehr, Berlin ist — nach der landläufigen Meinung — Preußen! Und weil Berlin in diesem Sinne Preußen ist, so kann es nur durch Preußen gerettet werden. Die Wähler zum neuen preussischen Parlament haben damit die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, die leichtsinnige Gleichgültigkeit der bürgerlichen Wähler vom 29. Juni wieder gutzumachen. Sie müssen Berlin und damit Preußen retten!“

Das Proletariat hat längst begriffen, daß es sich hier um Nachfragen handelt, die letzten Endes nicht im Parlament ausgefochten werden. Würde das der Fall, so hätten die bürgerlichen Parteien sich der Entscheidung der Berliner Stadtverordnetenmehrheit fügen müssen. Sie haben es nicht getan, weil sie sich ihrer Vorherrschschaft im Preußenparlament noch rechtzeitig belangen. Gründe ihnen das Preußenparlament nicht so schrankenlos zur Verfügung, hätten sie alle sonst nur verfügbaren Mächte spielen lassen. Dessen wird auch das Proletariat eingedenk sein und danach keine Maßnahmen einrichten.

Der Kampf gegen den Kartoffelwucher.

Nachdem in der vergangenen Woche die Betriebsräte der Bergarbeiter im Geisellohe beschloßen hatten, den Landwirten die Kartoffelwucher zu sperren, wenn der Kartoffelpreis nicht angemessen herabgesetzt werde, haben am Mittwoch in Frankfurt bei Meriburg Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeiter und Beamten, sowie der Kreis- und Stadtverwaltungen stattgefunden. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß das abgeschlossene Jeth-Weihenfeiser Abkommen, wonach die Landwirte 75 000 Zentner Kartoffeln zu 15 Mk. pro Zentner liefern, als geeignete Grundlage für eine Verständigung anzusehen, durch die sich eine gewisse Selbsthilfe der Arbeiter und Beamenschaft verhalten lasse. Zu weiteren Vereinbarungen wurde auf Freitagmorgen in Mülheim eine entscheidende Versammlung von Vertretern aller in Frage kommenden landwirtschaftlichen Arbeiter und Beamten, Organisationen und Behörden festgesetzt. Die Vertreter der Arbeiter betonten, die Kartoffellieferung würde eingestellt werden, wenn keine Verständigung zustande kommt, nicht weil es die Arbeiterführer wollten, sondern weil sie es gar nicht hindern könnten. Wenn die Regierung nicht die Macht habe, die Preisüberhebung durchzuführen, werde die Arbeiterschaft sie aufbringen.

Eine ähnliche Versammlung, an der Vertreter der Landwirtschaft, der Industrie und der Behörden teilnahmen, fand am Mittwoch in Ludenau statt. Von den Betriebsräten wurde erklärt, wenn die Kartoffeln nicht billiger würden, müßten die Arbeiter durch neue Lohnforderungen die Mittel erzwingen, um die hohen Kartoffelpreise bezahlen zu können. Die Arbeiterschaft könne von der Landwirtschaft verlangen, daß man die Arbeiter als deutsche Volksgenossen behandle, die für ihre Familien sorgen müßten. Die Arbeiterschaft sei zu friedlichen Verständigungen bereit. Sie werde bis zur Entscheidung der Magdeburger Versammlung beim Oberpräsidenten eine abwartende Haltung einnehmen.

Wie dem Vorwärts aus Mainz gemeldet wird, verließen am Dienstag etwa 15 000 Arbeiter ihre Arbeitsstelle, um nach verschiedenen Richtungen in die Umgebung zu ziehen und dort von der Landbevölkerung die Herausgabe von Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu erzwingen.

Kartoffellieferungen zu ermäßigten Preisen?

Weimar, 30. September. Der Vorstand des thüringischen Landesverbandes empfiehlt seinen Mitgliedern und den übrigen thüringischen Landwirten, für auf Kartoffellieferungsverträge zu Liefernde und für Kartoffeln im Herbst 1920 keinen höheren Preis als 20 Mk. für den Zentner Kartoffeln ab Hof des Erzeugers zu nehmen und für Anfuhrkosten nicht mehr als 20 Pfg für den Kilometer und Zentner zu berechnen.

Hilfrow, 30. September. Wie die Mecklenburgische Tageszeitung meldet, erklärten sich die von der Arbeitergemeinschaft Mecklenburg-Land nach Hilfrow eingeladenen und in großer Zahl erschienenen mecklenburgischen Landwirte einstimmig bereit, um die wirtschaftliche Notlage ihrer Volksgenossen in den mecklenburgischen Gemeinden nach Möglichkeit zu erleichtern, ihnen eine Million Zentner Kartoffeln zum Preise von 15 Mk. zur Verfügung zu stellen.

Die preussischen Neuwahlen Mitte Februar

Der Kellereauschuss der preussischen Landesversammlung hat am Donnerstag einen Antrag der Deutschnationalen, die

preussischen Wahlen zum 12. Dezember auszuweichen, abgelehnt. Die linksen drei Reichsparteien nahmen einen Antrag der Demokraten an, wonach die Neuwahl drei Monate nach Verabschiedung der Verfassung vorgenommen werden soll. Als wahlrechtlich wird angenommen, daß die Verfassung im November verabschiedet werden wird, so daß die Neuwahlen Mitte Februar stattfinden sollten. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in den Abstimmungsgebieten gleichzeitig die Wahlen für den Reichstag stattfinden.

Es wird übrigens von einigen Wählern behauptet, daß vor-ausichtlich im Februar auch allgemeine Neuwahlen zum Reichstag stattfinden würden, die dann mit der preussischen Landtagswahl zugleich vorgenommen werden könnten, was eine wesentliche Ersparnis an Kosten bedeuten würde.

Der Krieg im Osten. Große Erfolge der Polen.

Warschau, 30. Sept. Im Generalstabsbericht vom 29. d. M. heißt es u. a.: Auf dem nördlichen Flügel haben unsere Truppen in forcierterem Angriff Lidia wieder eingenommen. Der Feind, dem der beste Rückzugsweg dadurch abgeschnitten ist, zieht sich eiligst in nordöstlicher Richtung zurück. Die neu angegriffene 31. Sowjet-Infanteriedivision wurde bei Rowa-Ruda vollständig zertrümmert; 9 Geschütze und 15 Maschinengewehre fielen in unsere Hände. Desistich von Wolkowost nahmen wir bei der Befreiung des Feindes den Ort Soudim ein und überdritten den Fluß Sycyara. In der Polesje griffen unsere Truppen die Orte Blinyl und Janow von Süden an, wobei die 4. Sowjet-Infanteriedivision vollständig vernichtet wurde. Der Armeestab, den die Gruppe des Generals Krajewski durch heftigen Angriff überraschte, fiel in Pinsk vollständig mit Ausnahme des Kommandanten und des Stabschefs, denen im letzten Augenblick die Flucht geglückt war, in unsere Hände. In denselben Abschnitt besetzten wir Tsjolda und setzten die Verfolgung des Feindes fort. Südlich des Bripjet besetzten unsere Abteilungen den Eisenbahnknotenpunkt Saran. In Wolhynien ist die Lage unverändert. An der Südfront hat die verbündete ukrainische Armee Minlowce östlich von Kamienec erreicht. Weiter nördlich ist die polnische Kavallerie nordöstlich von Rowno vorgedrungen. Das polnische Heer nähert sich Drohiczyn. Auf der Front nördlich vom Bripjet dauert die Verfolgung des Feindes auf der ganzen Linie fort.

Der russische Bericht vom 29. September meldet ähnliche Erfolge in der Gegend von Gradno und in der Richtung auf Proskurov, sowie die Befreiung der Orte Stara Kostantynowo und Mikolajewka im Abschnitt Rowno.

Russische Niederlage im Süden.

Konstantinopel, 29. September. (Havas.) Berichte der Armee Wrangel: 24. d. M.: Wir haben Kurieka in der Richtung von Wolnowatka besetzt, wo wir 12 Schiffe weggenommen haben. 27. d. M.: Im Norden von Alexandrowka haben wir die Verfolgung des Feindes fortgesetzt. Wir haben 33 Lokomotiven, 1000 Eisenbahnwagen, 10 Maschinengewehre erbeutet und 1000 Gefangene gemacht.

Offiziere des russischen Generalstabes verbreiten eine Proklamation, in welcher sie ihre Waffenengenossen, die sich gegenwärtig bei den bolschewistischen Truppen befinden, auffordern, zu General Wrangel zurückzukehren.

Rußland für Annahme der härtesten Bedingungen?

Paris, 30. September. Havas berichtet aus Warschau: Nach Auskunft an glaubwürdiger Stelle soll Joffe aus Moskau Instruktion erhalten haben, alle von Polen geforderten Bedingungen, so hart sie auch seien, anzunehmen, doch mit der Ausnahme, daß Sowjetrußland von Polen verpfändet werden soll, die gesamte oder teilweise Entwaffnung der roten Armee durchzuführen.

Daß die Sowjet-Regierung tatsächlich zu weitgehenden Konzessionen bereit ist, geht auch aus der folgenden Meldung hervor:

Selingsfors, 30. September. Ein Tagesbefehl Trozkis schreibt den militärischen Beichshabern vor, die Rote Armee darüber anzuklären, daß die Sowjetregierung Polen gegenüber zu Konzessionen bereit ist; falls Polen diese Vorbedingungen ablehnt, wird die Rote Armee vor keinen, noch so schweren Opfern zurückweichen. — Im Anschluß daran befragt die Petersburger Rote Zeitung die Meinung der politischen Lage, die seit der letzten Tagung des Zentralerekutivkomitees eingetreten ist. Damals war vom friedlichen Wiederaufbau Sowjetrußlands die Rede, da die Feinde an allen Fronten geschlagen waren. Jetzt müsse eine neue Kraftanstrengung gemacht werden, um die zwei Hauptlände, Polen und Brancek zu überwinden. Die Besitzergreifung und Transportfrage hat sich zugespitzt. Neue Mobilisationen seien bevor. Ansehens der erhöhten Anforderungen an die Bevölkerung beschloß das Zentralerekutivkomitee in diesen Punkten nachzugehen, um die Bevölkerung, wenn möglich, vor den Schrecken des Winters zu retten.

Eine Sowjet-Republik Weißrußland?

Warschau, 30. September. T.-M. Die Bolschewiken haben in Minsk Weißrußland als eine autonome Sowjetrepublik proklamiert.

Rußland soll alle Schulden anerkennen.

Times meldet, daß die führenden Londoner Bankiers und Finanzleute an Lloyd George schriftlich das dringende Ersuchen gerichtet haben, die Anerkennung aller russischen Schulden zur unerlässlichen Bedingung für die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland zu machen.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig. Verantwortlich für den sozialistischen Teil: Friedrich Blicke, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipzig, Buchdruckerei „Werkerschlag“, Leipzigerstr. 17.

Zur Aufklärung!
„Kukrol“, das schnell und sicher wirkende Mittel gegen **Hühneraugen, Hornhaut**
Schwielen und Warzen ist in großem Format für die Käufer vorteilhafter, als in kleinem.
Da „Kukrol“ lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterschied nur 30 Pfg. beträgt. Preis des alten Formats Mk. 2.50, des neuen Mk. 3.—.
„Kukrol“ ist in Apotheken und Drogerien erhältlich.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerzlos
Kukrol 100000 fache bewährt
Preis Mk. 3.—, in Apotheken und Drogerien erhältlich
König Salomo Apotheke, Grimmaische Str. 17.
Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Hauptvorstandssitzung. Sonnabend, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Hauptvorstandssitzung in der Volkszeitung.
DKBezirk. Freitag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, Kurtus Gerber.
Volkmarobor. Heute, abends 1/8 Uhr, Funktionärsitzung in der Schloßen Ecke. Funktionärkarten mitbringen.
Anger, Funktionäre. Heute Freitag, abends 8 Uhr, Sitzung im Angerschloßchen.

Vom Preisabbau.

Zucker ist sehr teuer und knapp. In Leipzig gibt es im Monat auf den Kopf der Bevölkerung ein Pfund, macht 6 Kilogramm für das Jahr. Im Betriebsjahr 1913/14 (1. September bis 31. August) betrug in Deutschland der Zuckerverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung 19 Kilogramm.

Der Reiche hat wohl auch vor dem Kriege mehr Zucker verbraucht als der Arme, doch weit mehr als sechs Kilogramm hat auch der Minderbemittelte gekauft, denn sonst wäre die Durchschnittsziffer von 19 Kilogramm nicht herausgekommen. Jetzt muß sich der Arme mit 6 Kilogramm begnügen. Für das Pfund werden ihm zwei Mark abgenommen.

Dabei soll es nicht bleiben. Man denke aber nicht, daß der Zucker billiger wird mit Rücksicht auf den — Preisabbau. Im Gegenteil, der Zucker soll teurer werden. Der Rübenproduzent soll für den Zentner Zuckerrüben 20 Mk. erhalten und im Kleinverkauf soll das Pfund Zucker 3 Mk. kosten! So werden die Preise — abgebaut!

Die 20 Mk. für den Rübenbauer sollen ein „Anreizpreis“ sein. Das heißt also, man gibt zu, daß er weit über die Produktionskosten hinausgeht. Man läßt das System der Anreizpreise nicht fallen, obwohl mit ihm die Verbraucher die allerhöchsten Erfahrungen gemacht haben, was die Kartoffelkrise besonders deutlich zeigt. Und mit kleinen Preiserhöhungen begnügt man sich nicht. Im Jahre 1919 erhielt der Rübenproduzent noch 3 Mk. für den Zentner Rüben. Im Jahre 1920 bekam er schon 12 Mk., und jetzt will man ihm 20 Mk. geben. Das nennt man in der Landwirtschaft, in der Zuckerindustrie — „Preisbau“!

Werden die Zuckerpriese nahezu verdoppelt, so kann sich der arme Mann selbst nicht einmal die schmale Ration kaufen, die ihm — bis auf weiteres — zugewiesen wird. Kunstfertig, Marmelade, Zuckerwaren, die heute schon von sehr vielen nicht mehr gekauft werden können, werden dann nur noch den Reichen zur Verfügung stehen.

Den Zuckerproduzenten ist auch die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Zucker völlig gleichgültig. Sie wollen hohe Preise — weiter nichts. Und wenn sie den inländischen Markt nicht beschicken können, weil ein großer Teil der Bevölkerung nicht kaufen kann, wird der Zucker nach dem Ausland geschafft. Das wartet auf das deutsche Produkt. Es kauft bei uns immer noch billig, weil die deutsche Valuta so niedrig steht. Nicht nur Zucker, nein auch Getreide und Vieh wird seit längerer Zeit nach dem Ausland verschoben.

Das nennt man dann „Wiederaufbau“ der deutschen Wirtschaft. Und wie es mit dem „Preisabbau“ aussieht, zeigt das Beispiel. Die Kartoffel-, die Fleischpreise sind bedeutend gestiegen. Den Mietern drohen enorme Schröpfungen, aber man spricht vom „Preisabbau“. Jamohl! Man möchte den „Abbau“ gern haben. Die Löhne sollen abgebaut werden. Der Landwirt, der Industrielle, der Großhändler, sie alle wollen stets höhere Preise. Die Löhne aber sollen sinken!, damit die arbeitende Bevölkerung noch mehr ausgeplündert werden kann.

Ein Vorstoß der Händler.

Am Donnerstag fand im Zentraltheater eine Versammlung der Leipziger Groß- und Kleinhändler statt, in der vom Unternehmerrundbüro Rechtsanwält Dr. Zöpffel ein Vortrag gegen die jetzige Wirtschaftspolitik gehalten wurde. Die Wirtschaftspolitik ist zwar rein kapitalistisch, aber die Händler fühlen ihren Drang zur Profitmacherei noch immer geheimt. In einer von der Versammlung angenommenen Resolution heißt es: „Wir verlangen, daß die Wirtschaft freigegeben, der Handel als notwendiges Glied in der Produktionskette anerkannt wird und dementsprechend seine Interessen berücksichtigt werden.“ Nach diesem Vortrag sprach Dr. Zöpffel in einem zweiten Vortrag gegen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

In ihrer Jagd nach Profit sind die Herrschaften völlig mit Blindheit geschlagen, sonst müßten sie sehen, welche Zustände die freie Wirtschaft und der Widerstand gegen die Sozialisierung herbeigeführt hat. Die Herrschaften schreiben nach größerer Ausbeutung der Arbeiter, nach mehr Profit! Sie merken dabei gar nicht, daß ihre ganze Ausbeutungswirtschaft einem ungeheuren Vulkan gleicht, auf dem sie sorglos ihren Tanz um das goldene Kalb tanzen, der aber jeden Augenblick in die Luft fliegen kann. Nachts nur so fort, ihr Herren, steigt die Rot der Massen, bereichert euch! Die Folgen werden nicht ausbleiben. Es wird euch noch das Grauen antommen über das, was ihr verschuldet habt!

Das Rettungs- und Krankenbeförderungswesen von Leipzig.

Bis zum 1. Oktober d. J. wird das gesamte Rettungs- und Krankenbeförderungswesen in der Stadt Leipzig in städtische Verwaltung übergehen. Es wird in derselben Weise, wie es bisher von der Rettungsgesellschaft gehandhabt wurde, nunmehr durch die städtische Feuerwehr weitergeführt werden, der dieser neue Dienstzweig zu ihren bisherigen Aufgaben überwiesen ist. Die Behandlung von Unfällen und Verletzungen in den Sanitätswachen, die Heranziehung der in der Nähe wohnenden vertraulich verpflichteten Ärzte, die Leistung der ersten Hilfe in den Wohnungen, in Fabriken, auf der Straße usw. wird in genau derselben Weise erfolgen wie bisher. Dazu wird der Feuerwehr das gesamte Helfersonnenpersonal der Rettungsgesellschaft angegliedert. Zur Erhöhung der Leistung werden die Helfersonnen im Bedarfsfalle bei der ersten Hilfe und beim Krankentransport noch unterstützt durch ausgesuchte, besonders hierzu vorgebildete Feuerwehrsamariter.

Die Lage der Sanitätswachen wird sich in manchen Stadtteilen etwas ändern. Sie werden in den südlichen, westlichen, nördlichen und östlichen Vorstädten in die dort befindlichen Feuerwachen verlegt werden. In der Stadt Leipzig sind alsdann vom 1. Oktober ab folgende, Tag und Nacht hilfsbereite Sanitätswachen vorhanden:
In der Altstadt: in der Vestingstraße (wie bisher) und im Hauptbahnhof (wie bisher);
Im Osten: in der Feuerwache, Gerichtsweg (nicht mehr in der Wurzenstraße);
Im Süden: in der Feuerwache, Schentendorfsstraße (nicht mehr in der Emissionstraße);
Im Westen: in der Feuerwache, Lauchstädter Straße (nicht mehr in der Fildorferstraße);
Im Norden: in der Feuerwache, Matthiisonstraße (bisher bestand dort keine Sanitätswache).

Die Beförderung von Kranken und Unfallverletzten durch Krankentransportwagen erfolgt gleichfalls in derselben Weise wie bisher. Es stehen in Zukunft 4 Krankentransportwagen ständig dazu im Dienst und zwar in denjenigen Stadtteilen, in denen sie erfahrungsgemäß am häufigsten in Anspruch genommen werden (in der Hauptfeuerwache am Felsbergplatz, in der Ostfeuerwache am Gerichtsweg und in der Westfeuerwache in der Lauchstädter Straße). Einer der Transportwagen steht fortan einsig und allein für Unfälle auf der Straße usw. tags und nachts bereit. Die Gebühren für Behandlung und Beförderung von Verletzten usw. müssen notgedrungen erhöht werden, weil die Bezugspreise der Arznei, die Kosten der Instandhaltung der Kraftfahrzeuge, die Benzin- und Gummipreise zur Zeit recht hoch sind.

Die Auffindung der teilweise verlegten Sanitätswachen ist dem Publikum dadurch sehr erleichtert, daß über sämtliche Briefkästen und an allen Anschlagstellen der Stadt ein großes Hinweisschild befestigt wird mit Angabe der nächsten Sanitätswache. Im ganzen werden gegen 1000 solcher Hinweisschilder angebracht werden.

Wer bei Verletzungen, Unfällen oder dergleichen Hilfe braucht der gehe zum Verbinden usw. zu irgendeiner Feuerwache. Wenn dies nicht möglich ist, benachrichtige er sie durch Boten und durch Fernsprecher.

Die Herbeiführung von Krankenwagen zur Beförderung von Kranken oder Unfallverletzten geschieht am besten durch Reichsfernsprecher. Sämtliche Anschlagnummern der verschiedenen Feuerwachen können dazu benutzt werden, also die Nummern 201, 426, 503, 507, 1592, 3007, 3471, 13633. Es genügt jedoch in allen Fällen, in denen irgendeine Hilfeleistung oder Krankentransport notwendig ist, wenn bei dem Fernsprecher einfach „Feuerwehr!“ verlangt wird. Alsdann wird die Fernsprecherverbindung schnellstens hergestellt.

Zur Herbeiführung von Hilfe bei Unfällen, Verletzungen, zu Krankentransporten usw. darf jedoch nie einer der Feuerwehler in den Straßen, Grundstücken usw. benutzt werden! Dadurch wird der Zweck nicht erreicht. Denn dann wird bei der Feuerwehr lediglich der Ausbruch eines Feuers gemeldet. Es rücken also einige Feuerwehrfahrzeuge aus und kein Krankenwagen mit Helfersonnen. Die Hilfeleistung durch Samariter wird also hierdurch nicht etwa beeinträchtigt, sondern bedeutend verzögert, abgesehen davon, daß die Feuerwehrfahrzeuge unnötig alarmiert und dadurch vielleicht verhindert werden, an einer andern Stelle, wo wirklich ein Brand ausgebrochen ist, rechtzeitig zu erscheinen. Derjenige der etwa einen Feuerwehler zur Herbeiführung der Feuerwehr bei Verletzungen und Unfällen in Betrieb setzt, macht sich strafbar.

Die Verlegung der bisherigen Rettungswachen nach den Feuerwachen kann naturgemäß nicht an einem Tage durchgeführt werden. Sie erfolgt nach und nach, so daß bis zum 1. Oktober der gesamte Betrieb übernommen ist.

Kommunale Fernheizwerke.

Die kalte Jahreszeit steht wieder vor der Tür. Auf Jahre wird das Proletariat unter der mangelnden Feuerung zu leiden haben. Das zwingt zu einer organisatorischen Gestaltung des Heizwesens. Es ist auch eine rein volkswirtschaftliche Pflicht, gerade vom Standpunkt des Sozialisten. Und das Beispiel Neutöllns zeigt uns, daß diese technisch-organisatorische Entwicklung auch unter den jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen möglich ist.

Den Versuch einer Fern-Warmwasser-Versorgung hat man bereits vor einer Reihe von Jahren in Tübingen gemacht. Es handelt sich um eine Warmwasserleitung von ein und einem halben Kilometer Länge, die das Heißwasser von der Gastanstalt nach dem neuen Volksbade befördert. Das Heißwasser wird lediglich durch Ausnutzung der überschüssigen Hitze der Gasöfen, die sonst unausgenutzt in die Luft verfliegt, gewonnen. So werden ohne alle Kosten und ohne Beeinträchtigung des Gases einem Ofen 24 Millionen Wärmeeinheiten pro Tag entnommen. Diese Menge entspricht einer Wassererwärmung von 60 000 Litern von 10 Grad auf 50 Grad. Die Ausgrabung der Leitung hat ergeben, daß das Wasser, das mit 44 Grad Celsius in die Leitung gelangt, mit 32,3 Grad, also nur mit einer Wärmeeinbuße von kaum mehr als einem Grad, seinen Bestimmungsort erreicht. Größere Werte werden natürlich größere Mengen liefern können.

Wenn man bedenkt, daß schon vor dem Kriege auf diese Weise jährlich 10 000 bis 15 000 Mark für Kohlen gespart werden konnten, dann erkennt man, welche Kohlenmengen erspart werden können, wenn man allgemein zu einer Organisierung des Heizwesens schreitet. Denn für 15 000 Mark bekam man ja vor dem Kriege schon eine recht nette Menge Kohlen, und das war nur die Ersparnis einer einzigen und kleinen Stadt, und nur an einer Stelle, nämlich der Badeanstalt.

Jetzt ist nun auch Neutölln auf diesem Gebiete vorgeschritten. Dort ist jetzt die Herstellung eines großen Fernheizkanals in der Ausführung begriffen. Zunächst sollen von den städtischen Gebäuden das Rathaus, die Sparkasse, das Realgymnasium, eine Gemeindefschule, eine Mädchenmittelschule und die Wohnhäuser in einer passend gelegenen Straße an das Fernheizwerk angeschlossen werden. Ueber den Anschluß einer Anzahl städtischer und privater Bauten sind bereits Verhandlungen eingeleitet.

Es entspricht nicht nur der augenblicklichen Not, sondern auch einem großzügigen kommunalpolitischen Entwicklungsgebanten, wenn man sich mit einer derartigen Organisierung des Heizwesens einmal überall in den Kommunen beschäftigt.

Religionslose bekommen kein Pachtland.

Wie die Kirche vorgeht, um ihre Schäfchen zusammenzufassen, zeigt folgendes Beispiel: Die Kirchengemeinde zu Probstheida besitzt ein größeres Areal, das bisher in der Form von Schrebergärten seit Jahren der gesamten Einwohnerschaft zur Verfügung gestellt wurde. Die Lebensmittelpreise während des Krieges gab Veranlassung, auch mit dem an Landwirte verpachteten Teil in gleicher Weise zu verfahren. Das soll anders werden! In einer Versammlung der Pächter wurde von dem Vorsitzenden des Kirchenvorstands, Herrn Pastor Rosenthal, mitgeteilt, daß sich die Kirchengemeinde angewungen sehe, die Verpachtung des Landes nur noch an ihre Mitglieder vorzunehmen und daß Personen, die der evangelischen Kirchengemeinde nicht angehören, des Anrechtes auf das Pachtland verlustig gehen sollten. Die Durchführung dieser Maßnahme würde bedeuten, daß langjährige Inhaber von Schrebergärten aus dem Pachtverhältnis ausscheiden müßten und daß die Früchte ihrer Arbeit andern zufallen würden.

Es ist unäbner zu erkennen, daß es sich hier um eine Maßnahme gegen diejenigen handelt, die auf Grund ihrer fortschrittlichen Weltanschauung der Religionsgemeinschaft der Küden geferl haben. Wie weit sich derartige Dinge mit der soviel gepredigten christlichen Nächstenliebe (!!) vereinbaren lassen, ist eine Frage, die die Vertreter dieses Beschlusses mit sich selbst abmachen müssen. Es steht fest, daß viele Familienwäter unter den augenblicklichen Verhältnissen gezwungen sind, der Familie durch Bebauung von Schrebergärten eine besondere Anwendung von Lebensmitteln zu beschaffen. Durch den Wegfall der Schrebergärten ist die Ernährung für die Zukunft in Frage gestellt. Und es ist daher die Frage am Platze, wie stellen sich der Rat und das Ernährungsamt, die bisher immer die Einwohnerlichkeit auf die Schrebergärten verwiesen haben, zu dem Beschluß des Kirchenvorstands?

Die Arbeiterschaft aber muß aus diesem Vorfall erkennen, daß die Kirche keine Mittel unversucht läßt, um sich ihren Einfluß auch weiterhin zu sichern. An ihr liegt es, aus derartigen Vorgängen die Konsequenzen zu ziehen. Wäre unser Staatswesen nicht auf rein kapitalistischen Grundbän aufgebaut, so müßte der Kirchengemeinde das Land enteignet werden, da sie Mißbrauch mit ihm treibt!!

Fünf Finanzämter in Leipzig. Am 1. Oktober wird die bisherige Bezirkssteuereinnahme Leipzig in fünf Finanzämter umgewandelt, deren Amtsräume sich bisher auf weiteres im Steuergebäude, Seeburgstraße 7-9, befinden. Die Finanzämter bearbeiten — wie bisher die Bezirkssteuereinnahme — direkte Reichs- und Landessteuern, während für die Verwaltung der Erbschaftsteuer sowie der Umsatzsteuer, der Grunderwerbsteuer und der sonstigen Verkehrssteuern bis auf weiteres das Hauptzollamt Leipzig II zuständig bleibt. Die räumliche Trennung der Amtsstellen dieser Finanzämter wird unter Mitwirkung ihrer Amtsbezirke feinerzeit öffentlich bekanntgemacht werden.

Taubstumme Kinder in Dänemark. Wie man uns mitteilt, war es der hiesigen Taubstummenanstalt gelungen, 40 ihrer Kinder zu längerem Erholungsurlaub in Dänemark unterzubringen. Eine zweite Ferienkolonie von 30 Kindern war während der Zeit der Sommerferien in Klosterfreiheit bei Zittau untergebracht. Die letzten Kinder sind in diesen Tagen zurückgekehrt.

Straße des 18. Oktober. Der Verkehrsverein hatte, wie er uns mitteilt, beim Rat der Stadt Leipzig beantragt, die Straße des 18. Oktober freizulegen und sie dem öffentlichen Verkehr zu übergeben. Vom Rat ist inzwischen beim Verkehrsverein die Mitteilung eingelaufen, daß dem Wunsche nicht entsprochen werden kann. Bei einer Öffnung der 18. Oktober-Straße für den Durchgangsverkehr zum Völlerschloßplatz müßte infolge der Verwendung des beiderseits dieser Straße gelegenen Geländes zu Ausstellungszwecken längs dieser Straße eine Planke hergestellt werden; hierdurch würde aber das bisher ein eipheitliches Ganze bildende Gelände in zwei Teile zerlegt, ungeachtet des ungeschönten Eindruckes, den alsdann die 18. Oktober-Straße machen würde, und ungeachtet der erheblichen in diesem Falle aufzuwendenden Kosten. Wegen der Schaffung eines unmittelbaren Zugangs von der Straße des 18. Oktober nach dem Ausstellungsgelände während der Meßzeit schweben Erwägungen.

Markenfreie Kohlen? Wie uns mitgeteilt wird, kommen täglich Leute zu Leipziger Einwohnern, die markenfreie Kohlen, den Zentner zu 20 bis 22 Mark, anbieten. Wo bleibt die Kontrolle? Sind soviel Kohlen da, daß sie markenfrei verkauft werden können, warum bekommt die Bevölkerung dann keine Kohlen auf Marken?

Umleitungen des Straßenbahnverkehrs. Infolge Vornahme von Gleisverneuerungsarbeiten macht sich Umleitung der durch die Goethe- und Schillerstraße betriebenen Linien über Georgiring-Kopplatz auf mehrere Wochen notwendig. Es muß deshalb auch dazu übergegangen werden, die Wagen der Linie 8 während der Bauzeit nicht durch den Brühl, sondern über Tröbnitzring-Hauptbahnhof zu leiten. Andererseits läßt sich der Betrieb der Linie 21 bis zum Hauptbahnhof nicht aufrecht erhalten. Die Linie erhält während dieser Zeit ihren Endpunkt am Augustusplatz. Der Beginn der Bauarbeiten ist auf den 1. Oktober festgesetzt. Von diesem Tage an werden die Linien 8, 10, 15 und 20 über Georgiring geführt. Bis zum Abschluß der Gleisverneuerungsarbeiten am Kreuz in Connewitz läßt sich vom gleichen Tage an Durchführung eines Teiles der Züge der Linie 10 bis zur Pegauer Straße nicht ermöglichen, vielmehr macht sich zur Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Betriebes auf genannter Linie notwendig, daß alle Züge dieser Linie bis zur Beilegung dieser Baustelle nach der Endstelle Wibelbachstraße geleitet werden.

Nichtreisende in den Warteräumen des Hauptbahnhofs. Die Eisenbahnbetriebsdirektion Leipzig I schreibt uns: In letzter Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß die Warteräume des hiesigen Hauptbahnhofs von vielen Nichtreisenden als Zufluchtsstätte benutzt werden. Da dies besonders nach Eintritt der Polizeistunde zu beobachten ist, wird darauf hingewiesen, daß die bewirtschafteten Räume des Hauptbahnhofs für Nichtreisende hinsichtlich der Polizeistunde denselben Bestimmungen unterliegen, wie öffentliche Schenktätten. Personen, die sich demnach nach Eintritt der Polizeistunde noch in den Warteräumen aufhalten und sich nicht als Eisenbahnreisende durch Fahrkarten ausweisen können, laufen Gefahr, wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften bestraft zu werden. Aus begründeten Gründen werden hierbei die Besitzer von Fahrkarten nach den Vororten einer besonderen genauen Beobachtung unterworfen sein.

Einführung des Winterfahrplanes. Der Winterfahrplan wird in diesem Jahre bei den deutschen Reichseisenbahnen am Sonntag, dem 24. Oktober, eingeführt.

Der Arbeiter-Stenographenverein Vorwärts beginnt Sonntag, den 3. Oktober, vormittags, und Dienstag, den 5. Oktober, abends, im Volkshause seine diesjährigen Winterkurse für Anfänger in den Systemen Gabelsberger, Stolze-Schrenk und Scheitbauer. Parteigenossen und Gewerkschaftler! Unterstützt eure Arbeitervereine, meldet die bürgerlichen Stenographenvereine! Näheres im Inseratenteil dieser Nummer.

Arbeiter-Stenographenverein Vorwärts.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. In einem Maschinenhause der Eisenburger Straße waren vergangene Nacht Holzpläne in Brand geraten, die zum Teil das Dach mit ergriffen hatten. Die Ostwache befestigte ihn mit einer Schlauchleitung nach einstufiger Tätigkeit. Die öffentlichen Feuerwehler, Raumburger Straße und Rantische Gasse wurden von Außenhand unbesogter Weise in Tätigkeit gesetzt. Leider konnten sie nicht ermittelt werden.

Knochen- und Kleinfleischerlauf. Freibant I Nr. 1271 bis 1870, Freibant II kein Verkauf. Hädrich-Plagwitz, von 9 bis 10 Uhr, Nr. 501 bis 650, Fleisch zum Höchstpreis. Wolf-Klein-schöcher, von 9 Uhr an, Nr. 151 bis 400, Fleisch zum Höchstpreis. Wilde-Gohlis, von 9 Uhr an auf alle Nummern Wurst, Pfund 4 und 8 Mk.

Lebensmittelliste für Sonnabend, den 2. Oktober.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Butter und Schmalz: Letzter Tag — abzugeben Marke J (50 Gramm Butter), Marke K (100 Gramm Schmalz). Kriegsgefangenenmarke 9 (50 Gramm Schmalz). Ausgabe. Cornedbeef: Erwachsene 100 Gramm, Kinder 50 Gramm.

Polizeinrichten.

Warnung vor einem Betrüger, der Zucker anbietet! Ein angeblicher Karl Weill hat am 18. September einer hiesigen Gastwirtin dänischen Klaren Zucker, das Pfund zu 14 Mk. zum Kaufe angeboten. Die autgläubige Frau bestellte 10 Pfund davon und schickte ihren Sohn mit dem Manne nach dessen Wohnung, um die Ware gleich in Empfang zu nehmen. Der Mann händigte seinem neuen sofortigen Besatzung aus ein Paket aus, bei dessen Öffnung er sich jedoch herausstellte, daß die Frau einem Betrüger in die Hände gefallen war. Das Paket enthielt nämlich Salz statt Zucker.

Infolge Gasvergiftung gestorben. In der Klagenstraße in D. Kleinmünchen wohnende Glendreherschleute, die am Sonntag, den 26. September, abends in der 7. Stunde ausgegangen waren, fanden bei ihrer Rückkehr gegen 10 Uhr ihre 12jährige Tochter, die allein zu Hause geblieben war, in der Küche über einen unbestimmten Stuhl liegend und den Gashahn zum Gaslocher offen vor. Ein sofort herbeigerufener Arzt nahm Wiederbelebungsvorkehrungen vor, die aber leider nicht den erhofften Erfolg hatten. Er konnte nur noch den infolge Gasvergiftung bereits eingetretenen Tod feststellen. Die polizeilichen Erörterungen haben ergeben, daß das bebauerte Mädchen sich wahrscheinlich in der Nähe des Gashahns zu schaffen gemacht und diesen dabei verheerend aufgerissen hat. Beim Ausschleichen ihrer Schuhe ist ihr jedenfalls unwohl gemorden und sie ist mit einem dem Stuhle ungetanen, liegen geblieben und durch die Einatmung des dem offenen Gashahn entströmenden Gases alsbald verstorben.

Vorsicht! Der Zopfabknicker treibt forscht sein Unwesen! Wiederum sind zwei Fälle bei der Kriminalpolizei angelegt worden, in denen einer Arbeiterin und einer Schülerin auf der Straße die Köpfe abgeklopft worden sind. In beiden Fällen sind diese aber nicht vollständig durchgeklopft worden, sondern an einigen Haaren hängen geblieben, der gemeindefähliche Täter ist demnach nicht zu seinem Ziele gelangt. Die Tat ist vermutlich von einer Wastafel am Königspolke beim, bei einem Zusammenstoß von Kindern in der Moritzstraße verübt worden. Bei dem geringsten Verdachte veranlaßt man die Festnahme Verdächtiger.

Durch einen Radfahrer umgefahren! Wer war Jenseit? Am 24. d. M., nachm. gegen 5 Uhr, ist eine Zweiradlerin und Weisenburgerstraße, Leipzig, ein 7jähriges Mädchen durch einen Radfahrer, der in Gesellschaft von zwei weiteren Radfahrern, in der Richtung von Witzsch kommend, die Weisenburgerstraße entlang fuhr, überfahren worden. Das Kind hat ancheinend schwere Verletzungen am Gesichte erlitten. Zeugen des Vorfalls und solche, die Angaben über die drei Radfahrer machen können, die diesen Weg sehr oft gemeinsam befahren, werden gebeten, schnellstens ihre Anschriften der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache mitzuteilen.

Kraubilderfall. Am 20. September, abends 1/9 Uhr, ist ein Passant, der die Bergstraße entlang nach der Kohlgartenstraße zu ging, von einer Anzahl junger Burschen und Männer aneinhalten und ihm unter Bedrohung mit Revolvern und Gummiknüppeln ein längliches Paket entziehen worden. Während sich der Vorgang abspielte, sollen wohl viele Passanten an der Ansammlung vorübergegangen sein, jedoch keiner Miene gemacht haben, dem Bedrängten beizustehen. Da es aber immerhin möglich ist, daß einer oder der andere der Beteiligten durch Vorübergehende erkannt worden ist, so werden diese gebeten, ihre Wahrnehmungen recht bald der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mitzuteilen. Es besteht besonderes Interesse daran, diesen Raubilderfall aufzuklären.

Ein Raubilderfall in der Kurprinzstraße! Am 26. September gegen abend ist ein Schlosser von hier in der Kurprinzstraße von einer Dürre angeprochen worden. Als er deren Absichten, sie zu begleiten, abgelehnt hatte, bekam er plötzlich, ohne es sich verahnd, einen so heftigen Schlag ins Gesicht, daß er kurze Zeit ohne Bewußtsein war. Er kann infolgedessen nicht angeben, wer ihm den Schlag versetzt hat. Hinterher vermehrte er seine schwarze Wundschmerzmittel mit 1800 Mk. in fünfmaligen Raten, einen Aufnahmefeld der U. S. V. und vom Metallarbeiterverband, Lotterietote mit Nr. 70268 und einen Neuenausweis Nr. 15408. Die Briefstöße kann ihm nur bei dieser Gelegenheit gestohlen worden sein. Angaben, die zur Aufklärung des Voralles dienen können, erbittet schnellstens die Kriminalabteilung.

Geld sollen Kinder nicht offen, für jedermann sichtbar, in der Hand tragen! Am 25. September, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, besah sich ein Schulknabe auf dem Wege zu einem Pächter in der Rauchkammer Straße, um etwas einzukaufen, in der einen Hand sichtbar einen Schwammarztel tragend. Wählig ist ihm an der Ecke der Fichtelstraße und Jahnstraße ein vorüberfahrender Radfahrer den Geldbeutel aus der Hand und schickte damit durch die Jahnstraße nach der Elisabethstraße zu. Die Ruhe des verärgerten Kindes wurden von Passanten nicht beachtet. Wer Angaben zur Sache machen kann, wolle dies recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache tun.

Festnahme von Spirituswundern! Es war zur Kenntnis der Kriminalpolizei gelangt, daß ein Haldelcher Schankwirt durch eine Schwindlergesellschaft, zwei Frauenpersonen und zwei Männer, um 10000 Mk. betrogen worden war. Sie hatten ihm Spiritus in Fässern angeboten. Nachdem er die Bedenten, die ihm ursprünglich gegen die Sache aufgefallen waren, überwunden und sich zum Kaufe entschlossen hatte, wurde das Fass vor seinen Augen geöffnet und eine Kostprobe entnommen, worauf er die verlangte Summe von 10000 Mk. zahlte. Beim Abziehen des Inhalts mußte der Käufer des Spiritus aber die betrübliche Wahrnehmung machen, daß er gehörig hinteres Licht geführt worden war. Das Fass enthielt ganz gewöhnliches Leitungswasser! Bei näherer Prüfung ergab es sich, daß die Gauner am festlichen Spundloche, ins Fassinnere hineintragend, einen eisernen Zylinder hatten anbringen lassen, den sie mit reinem Spiritus gefüllt hatten und aus dem auch die Probe entnommen worden war, während sie das ganze Fass im übrigen mit Wasser angefüllt hatten. Durch die Leipziger Kriminalpolizei wurden unter Mitwirkung des geprellten Wirtes einige der Täter bald ermittelt und festgenommen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Kreisaustrahlung.

Der Kreisaustrahlung der Kreisbauernschaft Leipzig hat in seiner letzten Sitzung ein auf der Grundlage der revidierten Städteordnung aufgestelltes Ortsratsgesetz der Stadtgemeinde Zwenkau befürwortet. — Weiter wurden eine Reihe von Beschlüssen gefaßt zu den überall sich geltend machenden Bestrebungen, die Finanzen der einzelnen Gemeinden und Städte in Ordnung zu bringen. Colldig wollte seine Hundesteuerlaste dahin abändern, daß für den ersten Hund 20 Mk., für den zweiten 40 Mk. und für jeder weiteren Hund das Doppelte des vorhergehenden Satzes bezahlt werden sollte, so daß für den achten Hund z. B. 2500 Mk. gezahlt würden. Wegen der exorbitanten Höhe dieser Sätze wurde dem eingereichten Entwurf die Genehmigung verweigert. — Die Stadt Rochitz beabsichtigt die Einführung einer Wohnungsabgabe bzw. Mietsteuer zur Deckung der Baukostenzuschüsse, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Der entsprechende Antrag zur Gemeindefürsorge wurde jedoch nicht genehmigt, da die vorgelegene Steuerlast als zu hoch erachtet. Sie betragen bei 1000 Mk. Miete 150 Mk. und bei 2000 Mk. Miete 320 Mk. — Eine grundsätzliche Verhandlung der Auffassung lehnt sich im Kreisaustrahlung bei der Genehmigung gemeindlicher Anleihen vorzuziehen zu haben. Im Gegensatz zu Preußen wurde bisher in Sachsen an dem Grundbesitz festgehalten, die Mittel der eigenen Sparkassen nicht zu den Zwecken des Gemeindebetriebes in Anspruch zu nehmen. Die Stadt Döbeln will nun ein Sparkassendarlehen von 650000 Mk. in der eigenen Stadt aufnehmen, das mit 4% Prozent verzinst und mit 1% Prozent getilgt werden soll. Das Gesuch wurde genehmigt. Die Stadt Wurzen will eine Anleihe von 2 Millionen Mark in der Form aufnehmen, daß sie von der Kreditbank sächsischer Gemeinden das Darlehen in bar erhält und dafür aus ihrer Sparkasse den gleichen Betrag der Kreditbank als Darlehen gewährt. Das wäre nichts anderes, als ein sogenanntes Austauschdarlehen. Das Gesuch fand grundsätzliche Genehmigung, soweit es wegen der Form des Darlehens der Regierung unterliegt, wurde es befürwortet.

Kinder als landwirtschaftliche Arbeiter.

Von einem Witzauer Genossen wird uns folgendes geschrieben: Als ich am 27. d. M. früh nach meiner Arbeitsstelle ging, sah ich eine Anzahl Jungen auf dem Kartoffelfeld des Herrn Härtling sitzen, welche die Knollen auflesen. Auf meine Frage, ob schon Ferien seien, erklärten die Jungen, sie seien zu dieser Arbeit verbannt. In der Zeit der großen Arbeitslosigkeit, der ungeheuren Kartoffelpreise, gibt es also noch Eltern, welche ihre Kinder zu solchen Arbeiten hergeben! Die Kinder gehören in die Schule, um das durch Krieg und Kohlenmangel verarmte nachzuholen; sie sind

nicht dazu da, den unerfährlichen Agrariern den Beutel zu füllen. Der Agrarier behauptet, die hohen Preise sind gerechtfertigt wegen der Produktionskosten! Hier steht man aber, wie es gemacht wird! Oder gibt Herr Härtling billige Kartoffeln ab? Es ist Sache des Eisenrates sowie der Kinderbeschaukommission von Stütz, dem Landwirt diese billigen Kräfte wegzunehmen, zumal derselbe seine Kinder höhere Schulen und Fabriken als Vorkursoren besuchen läßt. Das Geld dazu liefern ja billige Arbeitskräfte. Man ist gespannt, wann endlich die Arbeiterschaft ihre Konsequenzen aus solchen Vorkommnissen zieht. Zu bemerken ist noch, daß es sich um den sogenannten „Meinen“ Härtling dreht, da in Stütz noch ein Landwirt gleichen Namens ist.

Thessa. Aus dem Gemeinderat. Zwei Tagesordnungen hatten so viel Zuhörer herbeigelockt, daß sich der Zuhörerraum als viel zu klein erwies. Unter Mitteilungen wurde berichtet, daß Einspruch betreffs Kohlenabbaus erhoben wurde. Am 6. und 7. Oktober findet im Lokal Jenisch Nachschauung statt. Zu Mitgliedern und Stellvertretern für Reichsfinanzamtsausschüsse wurden vorgeschlagen: Gutsbesitzer Sperling, Hausbesitzer Kleeberg, Kaufmann Schöfer, Versicherungsbeamter Kunze, Ratsbeamter Jahn, die Genossen Wächner (Wäcker), Dietrich (Klempner), Stelberg (Gastwirt), Schön (Werkmeister). Als stellvertretender Wahlvorsteher zur Landtagswahl wurde Otto Riegel gewählt. Einer Eingabe der Erwerbslosen wurde zugestimmt. Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es nunmehr über eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins. Er teilte mit, daß er beschloß, habe, die Grundsteuer zu verweigern, da in einer Mieterversammlung ja die Mieter aufgefordert worden seien, die fortwährend oorgenenommenen Mietersteigerungen sich nicht mehr ruhig gefallen zu lassen. Weiter wurde gesagt, es solle noch mehr gepart werden und in Zukunft nicht mehr so freudig Ausgaben bewilligt werden. Das Schreiben wagte ein Lehrer mit seinem Namen zu bezeichnen, der ja doch nur seinen Gehalt erhalten kann, wenn Steuern bezahlt werden, der aber auch bei Gehaltsregelungen nie zur Rede gestellt werden kann. Die Vertreter der Hausbesitzer fanden aber auch gar nicht den Mut zu einer Begründung für ihr Vorgehen, denn sie hatten ja (gegen eine Stimme) die Steuer in ihrer jetzigen Höhe mit bewilligt. Der nächste Punkt, Erhöhung der Mieten in den Gemeindegemeinschaften, gab wiederum Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen. Untere Genossen sagen, die Gebäude sollen sich nur tragen und keinen Gewinn abwerfen, während die Hausbesitzer erklären, die Gebäude müssen außer der Verzinsung noch etwas einbringen für die Gemeinde. Weiter soll nun noch die Grundwertsteuerverhöhung als Mietersteigerung umgelegt werden. Dieses wurde von unteren Genossen scharf zurückgewiesen. Der Gemeinderat lehnte mit sieben gegen sechs Stimmen für das Rathaus eine Erhöhung der Mieten ab. Hierauf wurde die Sache nochmals vertagt. Die Hausbesitzer glaubten den Gemeinderat benehuen zu können, um den Herren, die fortwährend die Miete steigern, ein Vorbild zu geben.

Sommerfeld. Gemeinderat. Ein zahlreicher Besuch von Zuhörern deutete darauf hin, daß die Tagesordnung die Einwohner sehr interessierte. Beim ersten Punkt — Kartoffelbeschaffung — entpant sich eine längere Debatte. Die auswärtigen Vertragstafeln wurden abgelehnt. Dafür sollen ca. 4000 Ruten vom Ratgut entnommen werden. Angeblich kommt hierfür ein Preis von 12 bis 14 Mk. per Rute in Frage, welcher entschieden zu hoch ist, da nach entnommenen Proben ein geringer Ertrag zu erwarten ist. Die Ruten werden event. von der Gemeinde ausgegeben. Es wurde beschlossen, eine Liste anzulegen, wo jeder seinen Bedarf anmelden hat. Unbemittelten soll der Betrag ausnahmsweise ganz oder teilweise gestundet werden. — Der Vertragsartoffeln aus dem Ort sollen eingemietet werden. — Der Landbezug von Kohle ist eingestellt worden. Der Bedarf des Gemeindevorstandes und der Schule ist eingedeckt und außerdem noch eine Reserve von einigen hundert Zentnern für späteren Bedarf vorrätig. — Die Abrechnung für den Straßenbau wurde vorgelegt und genehmigt. — Mit dem Bau von Zweifamilienwohnhäusern auf dem Siedlungsland ist begonnen worden, nachdem vom Reich, Staat und Gemeinde Baukostenzuschüsse gewährt worden sind. Der Träger des Verfahrens ist die Gemeinde. — Die Straßen sollen ausgebaut werden. Geplant wird, zum Frühjahr einen Teil der Tauscher Straße neu herzustellen. — Die Anstellung eines Kassensystemisten wurde dem Finanzaustrahlung überwiegen. — Die Pfäummennutzung ergab einen Erlös von 1336.50 Mk.

Bösdorf. Aus dem Gemeinderat. An Stelle des wegen Krankheit ausgeschiedenen Herrn Schulz wird Herr Wisse verpflichtet. Da mit der Ausschreibung des Herrn Schulz der Schriftführerposten wieder neu zu besetzen ist, wird Genosse Thierfelder als solcher gewählt. In den Schulvorstand wird Genosse Debestreit gewählt. Die Ergänzungswahl zu dem Wohnungsauswahlschuss wird vertagt, da von gegnerischer Seite Herr Wisse in Voranschlag gebracht wurde, seine Wahl aber von uns abgelehnt werden mußte, weil einige Beschwerden gegen ihn vorliegen. Die vorgeschriebene Änderung des 3. Nachtrages zur Erhöhung der Wertzusatzsteuer wird genehmigt. Bezüglich der Schankkonzession des neuen Gasthofbesizers Schmatte wird das Bedürfnis anerkannt. Der vom Gemeindevorstand aufgestellte Brennkalender wird angenommen. Es werden demnach genau wie im Vorjahre nur die Rindkalender brennen. Die von der Thüringer Gasgesellschaft verlangte Entschädigung von 1.50 Mk. pro Monat für jede nicht brennende Laterne wird zur normalen Prüfung an den Finanzaustrahlung verwiesen. Dem Vertrag zur Einverleibung der zum Rittergutbezirk Knautsch gehörigen Gärten wird zugestimmt. Die von der Amtsbauverwaltung in Voranschlag gebrachte Mietsteuer wird abgelehnt. Da sich aber anier Ort in sehr großer Wohnungsnot befindet, und ein großer Teil der Hauswirte sich fortgesetzt weigert, seine überhöhten Wohnräume der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, wird von unserer Seite der Vorschlag gemacht, eine Wohnungs-Zugsteuer einzuführen. Diese ganze Angelegenheit wird zunächst nochmals an den Verfassungsauswahlschuss zurückverwiesen. Gegen den geplanten Kohlenabbau machen sich verschiedene Bedenken geltend, vor allem muß dafür geortet werden, daß das Trinitzwasser nicht vert, dann müssen die Straßen hergestellt werden, weil sich die Gemeinde auch ein Stück Siedlungsland vorbehalten hat. Das das Baugebiet der Firma Sens liegen seine Bedenken vor, nur muß sich die Firma Sens dabei gleichzeitig mit verpflichten, Vorkerkungen zu treffen, daß nun endlich einmal die hiesigen Gerichte beseitigt werden. In den neuen Steueransatz wurden gewählt die Herren Franke, Thierfelder, Müller und Strauß (Gemeindevorstand). Als Ergänzungswahl wurden gewählt die Herren Neffler, Wäcker, Auerbach und Biel (Gemeindevorstand). Bemerkenswert ist noch, daß Bösdorf und Entha zusammen einen Steuerbezirk bilden. Hierauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

k. Pindenthal. Schulvorstand. Für die Besetzung der beiden freien ständigen Lehrerstellen sind 6 Herren vorgeschlagen. Die 12. Stelle soll mit einem Turnlehrer besetzt werden. Am 11. Oktober soll in der Turnhalle eine Turnprobe der drei vorgeschlagenen Herren stattfinden. Für die 13. Stelle wurde einstimmig Herr Dreiling von hier gewählt. Ein Antrag der Lehrerschaft, vom 1. April 1921 ab in Erfüllung eines früheren Beschlusses zwei neue Lehrerstellen zu errichten und in Verbindung damit dem Gemeindevorstand die Räume in der alten Schule zu kündigen, wurde als nicht ausführbar abgelehnt, da vom Kultusministerium kaum die beiden neuen Stellen genehmigt würden. Ein Antrag auf vorzeitige Entlassung eines Schülers aus Weitzendorf wurde abgelehnt.

Liebertwilmig. Auch in unserem Orte blüht der Kartoffelwucher und wird unterstützt durch die Gemeindevorwaltung. Am vorigen Sonnabend erschien im hiesigen Lokalstättle eine amtliche Bekanntmachung, wonach die Einwohner ihren Bedarf an Kartoffeln bei der Gemeinde anmelden sollen, und darselbst einen Schein ausgestellt erhalten, womit sie dann die Kartoffeln auf dem 1/4 Stunde entfernten Rittergut Störthmal erhalten können. Dort müssen sie sich dieselben selbst auslesen und kostet dann der Zentner 31.75 Mk. Was machen die hiesigen Landwirte mit ihren Kartoffeln? Der Herr Inspektor Benne vom Liebertwilmig Gut, das der Stadt Leipzig gehört, hat erklärt, daß sämtliche Kartoffeln für die Brennererei bestimmt sind. Was macht der Herr Rittergutspächter Zerling mit seinen Kartoffeln? Dieser hat 177 Aker Gemeindefeld zum Spottpreis von 65 Mk.

pro Aker in Pacht. Wollen diese Herren die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe zwingen? Dann haben sie auch die Verantwortung zu tragen.

Sächsische Angelegenheiten.

Spiegel am Werk.

Von den Gegenrevolutionären ausgehaltene unsaubere Subjekte leben ihre provokatorischen und denunziatorischen Machenschaften fort. Nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die Arbeiterschaft zu unüberlegten Putzungen aufzuwachen, versuchen sie es jetzt durch Schwindelgeschichten über angebliche partakistische Aufrührerpläne der Reaktion Gelegenheit zu geben, ihre Machtmittel gegen die Arbeiterklasse spielen zu lassen. Wie borniert dieses Geindel dabei zu Werke geht, zeigt folgendes Schriftstück:

Am den Gemeindevorstand zu Böhlitz-Roda!

Ihnen hierdurch zur Kenntnis, daß die U. S. V., kommunistische Abteilung, der Preiswucherung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein Ende machen wird. Der Preis hat den vorjährigen zu entsprechen. Die Abgabe anderer dringender Lebensmittel hat zu gewissenhaftem Preise zu erfolgen.

Gemeindefürsorge werden strengste Disziplin halten. Sie werden verpflichtet, bis zu einer Stunde Entfernung, dies den Landwirten bekanntzugeben.

Mitglieder erhalten besondere Zusendung. Die Versammlungen in Sachsen haben ergeben, daß mit sofortiger Arbeitseinstellung der längst vorbereitete Bauernkrieg beginnen wird.

Für den Bezirk Grimma-Orschah liegen so zweiundzwanzigtausend Mann in Bereitschaft. Die Landwirte haben die Pflicht, sofort die Preisfestsetzung in den Bezirksblättern zu veröffentlichen. Leipzig, 27. September 1920.

U. S. V., kommunistische Abteilung, St. Leipzig.

Am den Schein der „Echtheit“ dieses Schwindelbroschüres zu erhöhen, ist mit einem verworbenen Monogrammentempel, annehmend P. E., der mehrfach nebeneinander gedruckt ist, ein Unterschriftenkennzeichen vorgetäuscht. Das Schreiben ist am 28. September in Leipzig zur Post gegeben und adressiert: An den Ortsvorstand zu Böhlitz-Roda b. Trebsen-Rochau. Da in Böhlitz-Roda zwei Ortsvorstände sitzen, hat die Post den Brief geöffnet und da aus dem Inhalt der genaue Adressat nicht hervorgeht, an die Leipziger Parteileitung als „Abtender“ zurückgegeben.

Der Zweck dieser eblenden Spielesarbeit ist einmal, die Unabhängige sozialdemokratische Partei, die einzige proletarische Partei, die die Reaktionäre fürchten, zu denunzieren, zum anderen aber, der Entwertung der gegenrevolutionären agrarischen Kreise entgegenzuwirken. Es soll damit „bewiesen“ werden, wie notwendig der sogenannte Selbstschutz des Bürgerturns, besonders der Landbevölkerung ist. Dabei ist das Madwort so bumm, daß man ihm den Schwindel auf den ersten Blick ansieht. Die sächsische U. S. V. ist allerdings der Meinung, daß dem Lebensmittelwucher mit allen Mitteln entgegenzuarbeitet werden muß. Der Landesvorstand hat auch bereits die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf aufgerufen, und in seinem Aufruf darauf hingewiesen, welche Mittel in diesem Kampf anzuwenden sind. Diese Mittel, die sich führen auf die organisierte Macht der Arbeiterklasse, lassen freilich nicht zu den Plänen der Gegenrevolutionäre. Deswegen verurteilt man, die Arbeiter zu erschüttern und zu Dummheiten zu verleiten, um der Reaktion den Anlaß zum Vorschlagen zu geben.

An der Arbeiterschaft selbst liegt es, durch Ablehnung aller sinnlosen Vorschläge und planmäßigen Vorbereitung der proletarischen Massenkraftion die unsauberen Pläne der Gegenrevolution auszuheben zu machen.

18 900 Mark Geldstrafe wegen verheimlichter Kartoffelbestände!

Die Gutsbesitzerfamilie Resak in Gendörfel bei Bauhen hatte sowohl bei der Kartoffelbestandsaufnahme am 14. November 1919, als auch bei der Nachprüfung am 28. Januar 1920 126 Zentner Kartoffeln absichtlich nicht mit angegeben, um sie zugunsten ihrer Wirtschaft zu verwenden, obwohl sie zu deren Ablieferung an den Kommunalverband Bauhen verpflichtet war. Der Höchstpreis für den Zentner Kartoffeln betrug im November 1919 im Bezirk der Amtshauptmannschaft Bauhen 7.50 Mk., so daß die verheimlichten Kartoffelvorräte einen Wert von 945 Mk. repräsentierten. Das Schöffengericht hat wegen vorläufigen Verschweigens von Kartoffelvorräten auf 18 900 Mk. Geldstrafe oder 1 Jahr Gefängnis erkannt. Nach § 3 der Reichsartoffelverordnung muß, wenn nur auf Geldstrafe erkannt wird, eine solche im zwanzigfachen Wert der verschwiegenen Kartoffelbestände ausgeworfen werden, ganz gleich, ob der Wert der Vorräte 10000 Mk. übersteigt oder nicht. Entsprechend der Fassung der Strafbestimmungen ist deshalb auch eine Berufung der Angeklagten an das Landgericht Bauhen erfolglos geblieben. Das Oberlandesgericht Dresden ist dieser Rechtsauffassung beigetreten und hat die Revision der Angeklagten kostenpflichtig verworfen. Hätte der Angeklagte gewollt, daß die Grenze von 10000 Mk. eingehalten werden soll, so würde er dies zum Ausdruck gebracht haben. Im Höchstpreisgesetz, einem älteren Gesetze, finde sich sogar die Bestimmung, daß über 10000 Mk. hinausgegangen werden könne.

Wo die Arbeitslosigkeit am größten ist.

In einer Denkschrift des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung wird mitgeteilt, daß in Auerbach i. B. auf 1000 Einwohner 203 Erwerbslose entfallen, im benachbarten Falkenstein sogar 286, in Frauen i. B. 242. Noch schlimmer aber ist es für Weisau, wo jeder dritte Einwohner (368 von 1000) unterstellt werden muß.

Keine Reichsgesandtschaft in Dresden.

Während in München bekanntlich die preussische Gesandtschaft binnen kurzem in eine Reichsvertretung umgewandelt wird, bleibt die preussische Gesandtschaft in Dresden unverändert bestehen. Man erklärt in Dresden, die Änderung in München erfolge nur mit Rücksicht auf die Errichtung einer französischen Gesandtschaft in der bayrischen Hauptstadt.

Die Kohlenfelder der Stadt Dresden in Berzdorf in der Oberlausitz

sollen weiter aufgeschlossen werden. Der Stadtrat bewilligte dafür als vierte Rate 7,0 Millionen Mark aus der neuen Anleihe von 1920.

Akademie für Kunstgewerbe in Dresden.

Vom 1. Oktober an führt die dortige Kunstgewerbeschule die amtliche Bezeichnung Akademie für Kunstgewerbe in Dresden.

Landesgetreidestelle Sachsen.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, wird die gesamte Brotverforgung Sachsens von jetzt an der Landesgetreidestelle unterstellt. Es soll damit eine einheitliche Brotverforgung gesichert werden. Die bisherigen Zustände waren bekanntlich zu scharfer Kritik Anlaß gegeben, da in manchen Teilen des Landes gutes Weizenbrot zu haben war, während in anderen Teilen kaum genießbares Zeug als Brot verkauft wurde.

Aufzählung der sächsischen Schulgemeinden.

Das Kultusministerium hat einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Schulgemeinden ausgearbeitet, da die veränderte Steuerlage die Weiterbestehen der Schulgemeinden als überflüssig erscheinen läßt.

Keine Ueberstunde im sächsischen Bergbau.

Am Dienstag fanden in Zwickau Verhandlungen wegen Wiedereinführung einer Ueberstunde im sächsischen Steinkohlenbergbau, sowohl im Zwickauer als auch im Lugau-Beuthener Gebiet statt. Es nahmen daran Vertreter des Reichsarbeitsministeriums sowie Gemeinrat und vom sächsischen Arbeitsministerium und Regierungsrat Kramer vom Landesoberamt teil. Die Beratungen verliefen aber völlig ergebnislos.

Serabefugung des Kartoffelpreises in der Kreishauptmannschaft Bauen.

Eine nach Bauen einberufene Konferenz von Vertretern der Behörden, der Landwirte und der Verbraucher aus der Kreishauptmannschaft Bauen hat beschlossen, daß innerhalb der Kreishauptmannschaft Bauen der Preis für Herbfkartoffeln bis 30. April 1921 pro Zentner 22,50 Mk. betragen soll. Eingeschlossen ist die Ueberwinterungsgebühr. Auch soll dieser Preis für die sogenannten Pflichtkartoffeln gelten.

Eine Fallkammerbande.

Bei einer Bank in Dresden wurden kürzlich gefälschte österreichische Kronennoten zur Zahlung vorgelegt. Nach umfangreichen Erörterungen gelang es der Kriminalpolizei, die Hersteller und Verteiler des falschen Geldes, insgesamt 13 Personen, zu ermitteln und festzunehmen. In Görnewitz bei Meißen wurde ein Schriftsteller dabei überführt, wie er an einem Altschnee zur Herstellung falscher Steuermarken arbeitete. Das Altschnee und die Markenpresse wurden beschlagnahmt. Ferner gelang es in Moritzburg die zur Herstellung der gefälschten Kronennoten verwendete Druckpresse zu beschlagnahmen. Von den gefälschten Noten war ein großer Teil bereits nach Oesterreich gebracht worden. 300 Stück Kronennoten konnten noch erlangt werden.

Die demokratische Volkskammerabgeordnete Frau Hlbig-Weil ist als Hilfsreferentin für Wohlfahrtsweide und Sozialpolitik ins sächsische Ministerium berufen worden.

Glauchau. Beim Baden ihres sechztägigen Töchterchens wurde die Marmeladenerbeinweberin von einem Ohnmachtsanfall überfallen, so daß sie zu Boden stürzte und das Kind im Badewasser ertrank.

Delenitz i. W. Als Ergebnis der Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes mit den Vertretern der Arbeitlosen ist zu verzeichnen, daß verschiedene größere und kleinere Betriebe in den nächsten Tagen mehr als 500 Arbeiter einstellen werden.

Dresden. In Weitzer Hirsch ist das berühmte Schieber-Tokal Teufelsdiele, in dem allnächtlich wüste Organe gefeiert wurden, endlich polizeilich geschlossen worden. Der Inhaber des Lokals, ein ehemaliger Revisor des Landespreisausschusses namens Rommel, wurde wegen Übertretung der Polizeistunde, der Tanzverbotens, Widerstands und Beleidigung sowie Störung der Nachtruhe zu 4500 Mk. Geldstrafe oder 440 Tagen Gefängnis verurteilt.

Burzen. In der Kartoffelflodenfabrik sind am Donnerstagvormittag Streitigkeiten zwischen der Betriebsleitung und der Arbeiterschaft ausgebrochen wegen des Verstoßens von Kartoffeln. Die Differenzen wurden beigelegt, nachdem sich die Betriebsleitung verpflichtet hatte, nur Kartoffeln zum Floden anzunehmen, die zur menschlichen Nahrung nicht geeignet sind. Die Kontrolle über die Kartoffeln wird vom Betriebsrat mit ausgeübt.

Aue. Als Notstandsarbeit soll auf Beschluß der Bezirksausschüsse Zwickau und Schwarzenberg eine Talstraße von Aue nach Niederschlema gebaut werden.

Hohenstein-Ernstthal. Der Marmeladenfabrikant Weichelt von hier, gegen den ein Verfahren wegen Zuderschubungen schwebt, nahm sich in Bad Elster das Leben.

Wplau. Mit Rücksicht auf verschiedene Unglücksfälle und Sachbeschädigungen ist vom hiesigen Stadtrat das Althergebrachte Bolttern an den Hochzeitsvorabenden verboten worden.

Aus den Nachbargebieten.

Für den Mord an einem Arbeiter 2 Jahre Gefängnis.
Ein auffallend mildes Urteil hat das Schwurgericht in Halle gegen den Unteroffizier der Reichswehr, Gerstenberger, gefällt. Während des Rapp-Putsch hat Gerstenberger in Finlauer Wut den Arbeiter Meißner, der als Gefangener eingebracht wurde, erschossen. Das Schwurgericht hielt für diesen Mord zwei Jahre Gefängnis als eine ausreichende Sühne.

Resistente Hausgegarier.

Der Hausbesitzerverein in Eilenburg ist mit seinen Bemühungen, die Mietzuschläge zu erhöhen, wiederholt vom Miets-eintungsamt abgewiesen worden. Er hat jetzt beschlossen: „Die etwa 200 Haus- und Grundbesitzer von Eilenburg stellen die Forderung an die Gemeinde Eilenburg und das Miets-eintungsamt, insofern der außerordentlichen Erhöhung der Wasserlosten usw., vorläufig eine Erhöhung der Mietszinse ab 1. Oktober 1920 um 10 Prozent des jetzt gezahlten Betrages zuzulassen, da andernfalls die Haus- und Grundbesitzer genötigt sind, hinsichtlich der Realsteuern in einen allgemeinen Steuerstreik zu treten.“

Eine Schafherde vernichtet.

Kud.-Stadt. In der Nacht zum Sonnabend ist in dem Orte Erleben eine ganze Schafherde umgekommen. Einer der drei massiven Ställe, in denen die Schafe während der Nacht unterkommen haben, ist mangelhaft ventiliert und in dem Dunst, der sich dadurch entwickelte, daß die Tiere im Regen während des Tages vollkommen durchnäßt worden waren, ist die ganze in dem Stall untergebracht gewesene Herde umgekommen. Wie die Mitteldutsche Zeitung meldet, handelt es sich um 225-250 Tiere, die den Einwohnern des Dorfes gehörten. Der Schaden ist bei dem heutigen Wert der Tiere außerordentlich und der ganze Fall im Hinblick auf unsere Nahrungsnot von der aller schlimmsten Wirkung.

Gewerkschaftsbewegung.

Deutschnationale Methode.

Die Deutsche Handelsmacht (Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes) vom 15. September veröffentlicht einen Artikel über die Lage der kaufmännischen Angestellten der Industrie, in dem darauf hingewiesen wird, daß die kaufmännischen Angestellten heute noch zu den schlechtestbezahlten Angestellten in der Industrie überhaupt gehören. Anstatt nun die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen und der Angestelltenschaft zu sagen, sich gemeinschaftlich mit der übrigen Arbeiter- und Angestelltenschaft in der Industrie für die Erreichung besserer Gehalts- und Arbeitsbedingungen einzusetzen, wird in dem Artikel in der durchaus üblichen deutschnationalen Weise gegen die Handarbeiter Stimmung gemacht durch die Behauptung, an der schlechten Bezahlung der kaufmännischen Angestellten sei nicht etwa Mangel an Willen und Kampfesfreudigkeit sondern die sozialdemokratische Arbeiterkraft infolten Schuld, als sie sich gegen eine Gleichstellung in bezug auf die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der kaufmännischen Angestellten mit der Handarbeiterkraft sträube. Es heißt in dem betreffenden Artikel wörtlich:

„Die sozialdemokratischen Arbeitermassen, so sehr sie sich im übrigen gegenseitig bekämpfen, sind sich in einem Punkte völlig einig: Die Angestellten, besonders die kaufmännischen Angestellten, sollen weniger verdienen als die Handarbeiter. Ja, man haßt im innersten Herzen die „Stiefkinderproletariat“, weil sie einen besseren Rock tragen, weil sie mehr wissen und zumeist mehr können als viele Handarbeiter. Es hat gar keinen Zweck, vor dieser an sich bedauerlichen Tatsache die Augen zu verschließen.“

Lohnt es sich, gegen die deutschnationalen Methoden zu polemisieren? Wir glauben, es genügt, sie niedriger zu hängen.

Staatsbetriebe und Achtstundentag.

Die Animosität gegen den Achtstundentag läßt nicht nur industriellen Kreisen im Blute. Auch in den Regierungsämtern, denen industrielle oder dem Verkehr dienende Betriebe unterstehen, ist starke Reizung, den Achtstundentag abzuwürgen. Die bürgerliche Presse leugnet zwar dieses Bestreben kräftig ab, weil dies so manchen ihrer Leser aus Beamtenkreisen abstoßen würde. Eine uns ausgegangene Verordnung des Reichspostministeriums bestätigt aber, daß in den amtlichen Stellen Bemühungen im Gange sind, den Achtstundentag so allmählich illusorisch zu machen. Die Verordnung lautet:

Der Reichspostminister VI a. N. Nr. 2002.
Berlin W. 68, den 3. September 1920.

Es muß an dem Grundsatz, wonach die Geschäfte der erkrankten und beurlaubten usw. Beamten und die Reichleistungen bei vorübergehenden Verkehrsstörungen, soweit irgend möglich, auf die vorhandenen Beamten zu übertragen sind, und die Einstellung besonderer Vertreter nach Möglichkeit zu vermeiden ist, festgehalten werden. Demnach sind die Beamten im Bedarfsfälle auch über das vorgeschriebene Arbeitsmaß von 48 Stunden in der Woche hinaus zum Dienste heranzuziehen. Eine Vergütung für ihre Mehrleistung kann ihnen jedoch nicht gewährt werden, weil in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Reichsfinanzverwaltung nach dem Inkrafttreten des neuen Besoldungsgesetzes solche Vergütungen nicht mehr gezahlt werden sollen, und im Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1920 auch Mittel zu Vergütungen für außergewöhnliche Dienstleistungen nicht mehr vorgesehen sind (vergl. auch Bf. vom 2. August VI a. N. Nr. 1936).

J. W.: gen. v. d. Linde.

Man mag einwenden, daß es sich nur um vorübergehende Mehrleistungen handle, wie sie in jedem Betriebe vorkommen oder doch vorkommen können. Die Verordnung setzt aber keine Grenzen in der Menge der eventuellen Mehrleistung und charakterisiert sich gerade dadurch als ein Versuch, die Postangestellten allmählich an Ueberarbeit zu gewöhnen, den Achtstundentag als etwas Ueberlebtes zu betrachten. Hinzu kommt, daß auf der Reichskonferenz des Post- und Telegraphenpersonals im August 1920 der Vertreter der Reichspostverwaltung, Ministerialrat Ködner, erklärte, daß 40000 überschüssige Postausheifer vorhanden seien und der Reichsfinanzminister nach deren Entlassungen dränge. Das illustriert deutlich die Tendenz der Verordnung und kennzeichnet die Versuche bürgerlicher Blätter, die in Staatsdiensten Stehenden über den wahren Sachverhalt zu täuschen.

Es wird an den Postangestellten, wie überhaupt an den in Staatsbetrieben Beschäftigten liegen, rechtzeitig Abwehrmaßregeln zu ergreifen.

Die Steinarbeiter Leipzigs traten am 30. September 1920 in den Streik, da der Demobilisierungskommissar den am 26. August 1920 gefällten Schiedsspruch ablehnte. Wir erliefen alle Bauarbeiter, vorkommende Steinmehrarbeiter strikte abzuweichen. Die Streikleitung befindet sich im Volkshaus, Gartenstraße.
Zentralverband der Steinarbeiter.
Zahlstelle Leipzig.

Konflikt in den babilonischen Anilinwerken.
Mannheim, 30. September. (Frankf. Ztg.) Eine gestern nachmittag in Mannheim abgehaltene, von etwa 10000 Arbeitern be-

suchte Betriebsversammlung der Babilonischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigsfelde nahm eine Entschließung an, wonach die Arbeiterchaft wie bisher darauf besteht, daß die 20prozentige Lohnerhöhung, die 48stündige Arbeitswoche und die sonstigen Bedingungen bewilligt werden. Gewerkschaftsleitung und Betriebsrat wurden beauftragt, diese Forderungen nachdrücklich zu vertreten. Mit der Annahme dieser Resolution haben die Arbeiter die in den gegenwärtigen Verhandlungen von den Arbeitgebern gemachten Angebote abgelehnt.

Hafenarbeiterstreik in Neuyork. Nach einer Meldung des Neuyork Herald sind 1000 Ausländer im Hafen von Neuyork in den Ausstand getreten.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands beruht seinen 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für die Zeit vom 21. bis 24. November d. J. nach Essen ein. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Eröffnung des Kongresses; 2. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes; 3. Christliche Arbeiterchaft und deutsches Volk; 4. Die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart; 5. Der Gemeinschaftsgedanke in Staat und Wirtschaft; 6. Das Arbeitsverhältnis nach dem neuen Recht; 7. Die Bewertung der Handarbeit und die gewerkschaftliche Lohnpolitik; 8. Die Heranbildung des Nachwuchses in Betrieb und Gewerkschaft; 9. Christentum und Sozialismus; 10. Wahl des Ausschusses des Gesamtverbandes und Erledigung von Anträgen.

Aus der Partei.

W die Parteitagobedelegierten!

Aus Anlaß der naunmehr beginnenden Delegiertenwahlen für den Parteitag zu Halle teilt die Hallische Parteiorganisation mit, daß alle Anfragen und Wünsche über örtliche und Wohnungsangelegenheiten zu richten sind an den Vorsitzenden des Lokalkomitees des Parteitages.

Genossen Karl Reimann, Parteisekretär,
Halle a. S., Harz 42/44, 11.

Zum Fall Herzog.

In der Hamburger Volkszeitung gibt der Vorstand des Bezirks-Wallerkante der U. S. P. D. bekannt, daß er auf Grund des Gutachtens eines vom Bezirksvorstand einberufenen Untersuchungsausschusses keinen Anlaß habe, ein Parteiverfahren gegen Herzog einzuleiten und daß er es billige, daß Herzog die gegen ihn erhobenen Angriffe nicht zum Gegenstande einer Beleidigungsklage gemacht habe.

Dieser Veröffentlichung gegenüber stellen wir fest: 1. Schon im Februar 1920 haben wir die Unteruchung der gegen Herzog erhobenen Beleidigungen herbeigeführt. 2. Diese Unteruchung konnte infolge der Reise Herzogs nach Ausland vor September nicht zu Ende geführt werden. 3. Auf der Reichskonferenz drängte Herzog auf Abschluß der Unteruchung. Als die Unteruchungskommission am 5. September aber in Aussicht nahm, eine Sitzung mit Herzog und den Belastungszeugen am 6. oder 7. September abzuhalten, erklärte Herzog, er reise schon am 6. September nach Hamburg. In Wahrheit ist er — nach einer Mitteilung des Bezirksvorstands Wallerkante — erst am 8. September in Hamburg eingetroffen. Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Herzog sich der Unteruchung durch die von uns einberufene Kommission entzog.

Herzog hielt es für richtiger, seine Angelegenheit in Hamburg unteruchen zu lassen. Er wußte, warum er es tat. Denn dieser Unteruchungsausschuss hat entschieden, nachdem er lediglich Herzog vernommen und die „in Frage kommenden sachlichen Unterlagen“ geprüft hatte. Ein eigentümliches Verfahren. Man vernimmt in Hamburg den Beschuldigten und spricht ihn frei, ohne die Belastungszeugen zu hören. So konnte die von uns einberufene Unteruchungskommission allerdings nicht verfahren. Sie mußte objektive das Belastungsmaterial prüfen und dann entscheiden. Die Unteruchungskommission hat mehrere gegen Herzog erhobene Angriffe unbegründet gefunden. Als sie darüber im Zentralkomitee berichtete, schlug Genosse Däumig auf den Tisch und verlangte, daß das Verhalten Herzogs zu den Arbeitern unterucht würde, die bei der „Republik“ ihre Spargroschen verloren hätten. Auf Däumigs Antrag wurden die Genossen Sievers und Stolt vernommen. Beide bestätigten die Behauptungen Däumigs. Die Unteruchungskommission hätte daraufhin ohne weiteres zu einem für Herzog vernichtenden Urteilspruch kommen können. Die Kommission fällte aber ein Urteil noch nicht, weil sie erst Herzog hören wollte. Es ist bezeichnend, daß er unter diesen Umständen vor unserer Unteruchungskommission nicht mehr erscheint.

Unsere Kommission hatte Herzog erucht, wegen der gegen ihn in der bürgerlichen Presse erhobenen Beschuldigungen Klage zu erheben. Diesem Eruchen ist er nicht nachgekommen. Wir müssen nach wie vor verlangen, daß Herzog, wenn er sich wirklich von dem auf ihm ruhenden Verdacht reinigen will, den Weg der Klage beschreitet und zwar nicht wegen der formellen Beleidigungen, sondern wegen der ehrenrührigen Tatsachen, die gegen ihn vorgelegt seit Jahr und Tag öffentlich behauptet werden.
Berlin, den 30. September 1920.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D. So das Zentralkomitee. Jeder Unvoreingenommene wird mit uns schliegen, daß Wilhelm Herzog gerichtet ist, daß er sich selbst gerichtet hat. Wenn die Hamburger Genossen das nicht leben wollen, so sind sie zu bedauern.

Die Kämpferin. Inhalt der sieben erschienenen Nr. 16: Einberufung des Parteitages. — Die Frau und der Anklus an die 3. Internationale. — Zur Internationale. — Nochmals zur Betriebsrätefrage. — Bildungsarbeit. — Die sozialdemokratischen Vertreterinnen in den Gemeinderäten Hollands. — Soziale Fürsorge in Rußland: Kinderzuschuß. — Ausgabe neuer Beitagsmarken für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. — Aus der Bewegung. Frankfurt. Stuttgart. — Kinderbeilage.

Spezial-Haus

Extra-Angebote!
Damen-Hemden mit Stöckerel-Ein- und Ansatz, nur gute Renforcé-Qualitäten 67.50 59.- 48.- 42.50 39.50
Nachthemden für Damen und Herren m. waschechten Besätzen in großer Auswahl 150.- 135.- 120.- 95.00
Handtücher grau Drell, gestümt und gebändert 13.50
Wischtücher rot und blau kariert 12.75 7.90 6.90

Extra-Angebote!
Normal-Hemden und -Hosen prima wollwemisch 60.- 55.- 49.50 9.50
Damen-Strümpfe schwarz, braun, weiß 13.75 11.75 6.50
Herren-Socken starke Ware, besonders billig 9.- 7.50 14.50
Gestrickte Krawatten in vielen neuen Mustern 35.- 29.75 19.50 17.50

Stets größtes Lager in Baumwollwaren
Hemdentuche ca. 80 cm br. 24.- 22.- 19.50 15.50
Nessel ca. 90 cm breit 15.- 13.50
Bettkaffune in viel. Mustern 25.- 19.75 16.00
Dirndlstoffe großes Sortiment 25.- 22.- 19.75
Velourbarchent für Jacken und Kleider 29.50 21.- 19.50 13.50
Spezialabteilung f. Wiederverkäufer

Hugo Blum Reichs-Sfr. Handelshof 4 BUND

Züllinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelt.

19) Zeichnungen von Hans Albert Förster.

Am Nachmittag nahm das Strafgericht seinen Fortgang. Knobbe trat sich, noch gähnend vom Schlafe, vor Heras Gefängnis mit Kyrleison.

„Erst wollen wir Heras Zustand feststellen,“ sagte der Arzt.

„Ja, sie hat ein Kind gehabt; möglicherweise hat hier der Kerl nicht geschwindelt.“

„Hm!“ nälerte Knobbe, dem plötzlich eine kurze, dunkle Vorstellung von einem Vorhang und einem Kopf dahinter ins Gedächtnis kam.

„Mergerlich! Schade um das Kind! Aber wir werden es schon erfahrene, wie die Geschichte vor sich ging.“

„Nein, nein,“ unterbrach Knobbe seinen Schwiegerjohn; „überlassen Sie diese Untersuchung bitte mir. Es ist ja auch nur eine Nebenfrage. Züllinger entgeht uns nicht. Doppelte Fahrlässigkeit im Dienste, die unsachgemäße Behandlung des Hausknechts und die Veruntreuung von Heras Kind, das genügt schon. Außerdem weiß ich bestimmt, daß der Burfsche seit vielen Jahren säuft. Also Unterschlagung, Diebstahl an staatlichem Eigentum und gottloser Frevel!“

„Ich habe mich schon lange über Ihre Nachsicht gewundert,“ sagte Kyrleison vorwurfsvoll.

„Gott ja, aber wir konnten den Kerl bis jetzt noch nicht entbehren. Nun ist er reif! Seien Sie bitte freundlich zu ihm, wenn wir ihn befragen. Er darf nicht ahnen, daß es ihm ernstlich an den Krügen geht.“

„Lieber Schwiegervater, Sie sind zu gutmütig. Sie verwöhnen Ihre Leute mit Zuckerbrot, wo die Peitsche am Platze wäre.“

„Fliegenkeim, mein Lieber. Das verstehen Sie nicht. Sie sind eben kein Geschäftsmann.“

Züllinger hörte den Schlüssel im Schlosse kreischen und nahm eine unterwürfige Haltung an. Er wußte, daß er der Verlobung keinesfalls entgegen könne. Die der Masse vorbehaltene Todesstrafe konnte ihn als Halbling nicht gleich treffen, davor schügte ihn die geradezu pedantische Rechtschaffenheit der Oberdeutschen. Es war möglich, daß er an den Folgen der bei der Untersuchung üblichen Mißhandlungen starb, aber das mußte man immerhin erst noch abwarten. Vorläufig fürchtete er sich nicht; er dachte an die mit seinem Mittel gefüllten Zähne, die er in jedem Augenblick durch einen Biß zerbrechen konnte, und so hielt er den finsternen Drohbild Kyrleisons standhaft aus.

Die übertriebene Liebeshuld Knobbes war ihm weit bedenkllicher. Knobbe strich sich das Kinn.

Züllinger, mit der Lobrede, die ich Ihnen zu Neujahr bei Ihrer Verabschiedung halten wollte, wird es nun wohl nichts werden. Ja in aller Welt, bei Gott und allen Heiligen, ich weiß nicht, wie ich Ihre Dummheiten vertuschen soll.“

„Gründiger, krummer Bock! Was war das mit dem Hausknecht Seltor?“ schrie Kyrleison, der sich nicht mehr beherrschen konnte, in die sanfte Rede seines Schwiegervaters hinein.

Züllinger beteuerte händeringend seine Unschuld. Da müsse wohl eine Stromschwankung, für die er nicht verantwortlich gemacht werden könnte, vorgelegen haben. Von ihm sei nichts veräußert worden.

„Mein lieber Schwiegerjohn, fragen Sie doch mal Nolde, was Sie dazu sagt,“ riet Knobbe, der mit Züllinger allein sein wollte. Kyrleison ging, obzwar widerwillig. Er schlug auch schnell noch Züllinger ein Dutzend Maulschellen ins Gesicht, um sich einigermaßen zu erleichtern.

Knobbe wartete, bis die Schritte des Arztes draußen verhallten. Dann fragte er lauernd: „Züllinger, was hatten Sie denn bei dem Grobkünderhändlerweseher zu tun?“

„Es ist alles verraten,“ dachte der; da er aber nichts mehr zu verlieren hatte, blieb er gefaßt.

„Ich weiß nicht, was Euer Gnaden meinen.“

„Ich frage, was Sie bei Oberdeutsch-Januschaff taten!“

Knobbe hatte den starren Blick einer Riesenschlange, und Züllinger freute sich jetzt über Kyrleisons Maulschellen, deren Abdruck die Rote seiner Erregung auf seinem Gesicht verbarg.

„Sie, wo ist denn Heras Kind?“

„Er fragt, um etwas zu erfahren. Er weiß nichts Bestimmtes,“ dachte Züllinger. Aber die Mut über diesen oberdeutschen Hasenknüttel schüttelte ihn so, daß er auf einmal nicht weitersagen konnte. Und so antwortete er mit einem gewissen Triumph:

„Heras Kind ist dort, wo Euer Gnaden gnädigst geruhen, dem Herrn Großgeldhändlerweseher die Verlobungspriese ins Gesicht zu stechen; und es ist von den Höchsten des Landes königlich geordert worden.“

„Aha! Ich vermutete dergleichen. Das ist großartig, wundervoll, eine ganz erstaunliche Leistung. Sie sind ein munterer alter Knabe, Züllinger. Das gibt einen netten Standal. Prächtig, prächtig!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Himmel im Oktober.

Die vorwiegend trübe Witterung im Monat September hat die fortschreitende Abnahme der Tageshelle im ersten Herbstmonat noch sinnfälliger gemacht, als wie das in Zeiten mit betterem Himmel der Fall zu sein pflegt. Noch immer ist es morgens freilich, vom Standpunkt des prätaulischen Städtlers, verhältnismäßig frühzeitig hell, geht doch die Sonne am 1. Oktober immerhin schon um 6 Uhr 8 Minuten auf. Aber am 31. erscheint das Tagesglicht erst um 7 Uhr 2 Minuten vormittags, und auch der Sonnenuntergang verschiebt sich im Oktober von 5 Uhr 43 Minuten auf 4 Uhr 37 Minuten nachmittags. Dementsprechend nimmt auch die Mittagshöhe der Sonne, wie die vorstehenden Zeitangaben berechnen für Berlin und das mittlere Norddeutschland, im Oktober von 34 1/2 auf 28 1/2 Grad ab.

Der Trabant der Erde befindet sich zu Beginn des Monats in abnehmendem Licht; er zeigt uns am 5. das letzte Viertel, und auf den 12. Oktober fällt der Neumond. Das erste Viertel wird am 20. erreicht, und am 27. Oktober ist Vollmond. An diesem Tage findet eine totale Mondfinsternis statt, die zweite dieses Jahres, die aber im Gegensatz zu der ersten, die sich in den Morgenstunden des 3. Mai ereignete, nur in der östlichen Hälfte

Deutschlands als partielle Finsternis beobachtet werden kann. Diese beginnt um 1 Uhr 26 Minuten und endet um 4 Uhr 58 Minuten nachmittags. In Deutschland ist weithin einer Linie, die durch die Städte Hufum, Braunschweig und Regensburg gezogen wird, die Finsternis unsichtbar, da hier der Mond erst nach dem Ende des Phänomens aufgeht. Westlich der Linie kann kurz nach dem Aufgang des Trabanten gerade noch der Austritt des Erdschattens aus der Mondscheibe beobachtet werden.

Für die Beobachtung des Fixsternhimmels bricht jetzt eine günstige Zeit an, sofern uns heitere Herbstabende beschieden sein sollten. Denn durch den frühen Einbruch der Dunkelheit herrscht Anfang Oktober um 8 Uhr schon völlige Finsternis, so daß alle Konstellationen, auch die in der westlichen Hälfte des Himmels, wo die Sonne unter dem Horizont verschwunden ist, vollkommen klar hervortreten. Ueber dem Nordhimmel steht jetzt der Große Bär, der Himmelswagen, in unterer Kulmination. Ueber ihm findet man das Schweifende des Drachen, das den oberen Wagensternen parallel verläuft und dann um den Kleinen Bären und den Polarkern westwärts einen Bogen beschreibt. Oberhalb des Polarsterns trifft man auf den Cepheus und nach Ueberschreitung der sternreichen Zeitgegend am Südhimmel in einer Höhe von etwa 60 Grad über dem Südhorizont auf das große Pegasusvierer, an das sich die Andromeda anschließt. Hier beginnt auch mit dem Widder die Reihe der zwölf Tierkreisbilder. Die Himmelsgegend, die sich von hier aus nach Süden erstreckt, erfordert zu ihrer Entwirrung eine Sternkarte. Es ist das Gebiet des Steinbocks, des Wassermanns und der Fische, die sich ihrerseits an den Widder anschließen. Aber es gibt noch ein Sternbild der Fische, den sogenannten südlichen Fisch, den man ganz tief, unmittelbar über dem Südhorizont zu suchen hat, von dem in unsern Breiten aber nur der Hauptstern erster Größe mit bloßem Auge sichtbar ist, der in welchem Licht strahlt. Es ist der südliche unter den Sternen erster Größe, der in unsern Breiten gerade noch über den Horizont kommt, der er im nördlichsten Teil Deutschlands nur am Frap 5, im äußersten Süden des Landes um 11 bis 12 Grad übersteigt. Am Westhimmel nimmt der Bootes mit dem gelben Arkturus immer noch dank seiner großen Ausdehnung die Aufmerksamkeit gefangen; auch wer das Sternbild nicht kennt, vermag es leicht aufzufinden, da die Schweifsterne des Großen Bären direkt nach ihm hinweisen. An seinen Strand schließt sich unmittelbar die halbkreisförmige Nördliche Krone mit der hellen Gemma an. Bootes und Krone gehen übrigens jetzt schon bald nach dem Einbruch der Dunkelheit unter, nachdem sie den ganzen Sommer hindurch in auffälliger Stellung am Firmament gestanden haben. Darüber liegt die ausgedehnte Gegend des Herkules, in dem sich irgendeine charakteristische Figur nicht konstruieren läßt, da hier die Sterne sehr regellos stehen und auffällig helle Objekte fehlen. Ueber dem Herkules strahlt in der Höhe mit blinkendem welchem Licht die Wega und Deneb im Schwan. Der Ende August im Schwan plötzlich aufgeauchte neue Stern ist schon wieder so lichtschwach geworden, daß er mit bloßem Auge nicht mehr sichtbar ist. Eines der charakteristischsten Sommersternbilder, der Adler mit Atair, der mit Wega und Deneb ein großes Dreieck bildet, steht jetzt abends schon am Südwesthimmel, kann aber infolge der immer früher einbrechenden Dunkelheit noch bis an die Schwelle des Winters verfolgt werden. Wenn der Adler in der Abenddämmerung verschwindet, so ist die Zeit des Winters gekommen; wenn er im Frühjahr im Osten emporkommt, so ist es ein Zeichen für den nahenden Sommer. Dem Adler folgt unmittelbar die kleine, gedrängte Sterngruppe des Delphins, die sich mit ihrer Figur leicht im Gedächtnis einprägt.

Am Nordost- und Osthimmel steigen nunmehr die Wintersternbilder schon früh am Abend empor, und vor allem erhebt sich der Fuhrmann mit der gelben Kapella abends im Nordosten schon zu größerer Höhe. Südlich davon steigt der Stier auf; zuerst erscheint die kleine Sternwolke der Pleiaden, und dann kommen auch bald die Hyaden, ein Dreieck, innerhalb dessen Aldebaran, der Hauptstern im Stier, mit auffälliger rotem Licht leuchtet. Zwischen Fuhrmann und Stier steigt die Milchstraße auf, die den Perseus und die Kassiopeja durchquert und von Nordosten nach Westen verläuft, um sich im Bilde des Schwans in zwei getrennte Äste zu spalten. In den späteren Abendstunden erscheinen im Nordosten bereits die Zwillinge, während über dem Osthorizont der Orion, das glänzendste Sternbild des Winterhimmels, bereits emporsteigt.

Von den Planeten bleibt Merkur im Oktober unsichtbar. Dagegen kommt Venus allmählich in bessere Sichtbarkeitsverhältnisse. Sie durchzieht zur Zeit die Waage, steht nach Einbruch der Dämmerung also tief am Südwesthimmel und kann Ende Oktober schon etwa drei Viertelstunden lang gesehen werden. Ihre Helligkeit ist noch nicht auffallend; sie wird aber mit der wachsenden Annäherung der Venus an die Erde während der nächsten Monate zugleich mit der Dauer ihrer Sichtbarkeit zunehmen. Daß das Nachbarstern der Erde zur Zeit noch nicht länger am Abendhimmel zu verfolgen ist, hat seinen Grund darin, daß Venus sich jetzt dem südlichsten Teil ihrer Bahn nähert und infolgedessen schon bald nach Sonnenuntergang ebenfalls im Südwesten verschwindet. Mars dagegen kann im kommenden Monat wieder etwas länger verfolgt werden, und zwar Ende Oktober bis zu etwa zwei Stunden, weil sich seine Bahn nun wieder aus dem südlichsten Teil des Tierkreises langsam nach Norden, durch den Schützen dem Steinbock entgegen erstreckt. Aber der interessanteste Planet ist längst schon wieder soweit von uns entfernt, daß seine Erscheinung zur Zeit nichts Auffälliges bietet. Wenigstens günstiger dagegen werden die Sichtbarkeitsverhältnisse bei Jupiter. Freilich taucht er erst gegen Ende der Nacht im Osten, und zwar im Bilde des Löwen auf; er kann aber Ende Oktober schon von der dritten Morgenstunde an wahrgenommen werden. Auch Saturn, der gleichfalls den Löwen durchwandert, aber etwas weiter östlich als Jupiter steht, tritt frühmorgens etwa drei Viertelstunden vor Sonnenaufgang wieder am Osthimmel hervor; im Laufe des Monats nimmt die Dauer seiner Sichtbarkeit bis auf 3 1/2 Stunden zu. Uranus, der seit langem im Wassermann weilt, kann abends schon mit einem schwachen Fernrohr am Südsüdwesthimmel beobachtet werden; der äußerste Planet unseres Sonnensystems, Neptun, der sich in der Nähe von Jupiter befindet und etwa eine Stunde früher als dieser aufsteht, steht noch zu tief, um bei seiner Lichtschwäche auch mit Hilfe eines starken Instruments verfolgt werden zu können.

Nikisch und die Arbeiterschaft.

Durch eine Morgenfeier und ein großes Sinfoniekonzert am Abend wird heute das 25jährige Dirigentenjubiläum von Prof. Artur Nikisch im Gewandhaus begangen. Und dies mit Recht, denn er war es, der nach Reinesdes Abgang im Jahre 1895 neues Leben in die Musikpflege an dieser Stätte brachte und seitdem außer den alten Meistern auch die Neumantel, vor allen Dingen Brudner und Brahms, sowie auch jederzeit Anhänger der modernsten Richtung zu Worte kommen ließ. Was Nikisch als Interpret geleistet hat und noch leistet, braucht an dieser Stelle wohl nicht nochmals ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Hier möchte ich nur ein wenig auf seine Stellung zur Leipziger Arbeiterschaft eingehen; und wenn es auch nicht in der Natur der Arbeiter liegt, Personenkultus zu treiben, so muß hier doch betont werden, daß es eben nur Nikischs persönliches Verdienst war, daß sich der Arbeiterschaft die Tore des Gewandhauses öffneten,

Seit alters her war das Gewandhaus nur eine Stätte der Reichen, während es dem großen Volke stets verschlossen blieb. Erst 1914 gelang es dem Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitut nach vieler Mühe und Arbeit, den Bann zu brechen. Schon im März 1915 fand das erste Konzert für die Arbeiterschaft statt und brachte Beethovens 9. und einige Nummern aus den „Ruinen von Athen“. Ein ganz besonderer Genuß war es, zu sehen, wie Nikisch die 9. Sinfonie für unsere einfachen Leute auslegte, mit welcher klassischer Ruhe und leicht fahbarer Durchsichtigkeit er das Werk dirigierte. Vor Freude und Ergriffenheit wußte niemand, ob er Beifall spenden oder schweigen sollte. Sehr diplomatisch hatte Nikisch selbst den Gewandhauschor gewonnen. Er sprach vorher niemals von einer Probe, sondern verlangte, daß es ein gutes Konzert werden sollte. Natürlich war der Chor sehr neuartig, für wen eigentlich ihr Meister ein derartiges Interesse zeigen konnte. Durch Angehörige des Gewandhauses erfuhren sie bald, daß das Konzert für die „Sozialdemokratie“ stattfinden sollte, und wer die Verhältnisse von damals kennt, der wird wohl leicht begreifen, welche einen Schreck das Wort „Sozialdemokratie“ überall auslöste. Welche andern Begriffe aber erhielten sie von diesem Worte, als sie sahen, mit welcher Andacht und Dankbarkeit diese Sozialdemokraten all das Neue und Große in sich aufnahmen.

Ganz begeistert war Meister Nikisch von der großen Idee des Sinfoniekonzerts (12 Uhr nachts), das 1918 nicht nur zur Silvester-, sondern auch zur Friedens- und Freiheitsfeier werden sollte. Und welches Werk wäre wohl geeigneter dazu gewesen, als wieder die 9. Sinfonie mit dem Schlußchor „Alle Menschen werden Brüder“? Da der Gewandhauschor allein für die Ausführung in der Ueberrhalle nicht ausreichte, wurde mit vieler Mühe der Bach- und der Nibelungenchor dafür gewonnen, und das alles zu einer Zeit, wo die Stimmung der Bürgererschaft lächerlich war und noch dazu die Mär in Leipzig umging, der Arbeiter- und Soldatenrat habe Nikisch gezwungen, die Leitung zu übernehmen. Der Eindruck, den dieser Abend hinterließ, war noch stärker als der des ersten Konzerts. Schon der Anblick des gefüllten Raums und die feierliche Ruhe wirkte besauernd, und am Schluß des Festes wollte der Beifall gar kein Ende nehmen. Nikisch war von all der begeisterten Berechnung tief ergriffen, besonders als man ihm einen großen Kranz mit zwei roten Schleifen überreichte.

In noch manch andern Konzert bewies Prof. Nikisch seine freudige Bereitschaft zur Mitarbeit an der großen kulturellen Aufgabe, stellte auch jedesmal sorgfältig das geeignete Programm zusammen. Nicht nur für sein Wirken wollen wir heute Nikisch unsern tiefsten Dank aussprechen, sondern vor allem für die Selbstlosigkeit, mit der er sich in den Dienst der Sache stellte, und wir wollen wünschen und hoffen, daß seine Kraft uns allen noch recht lange erhalten bleibe. Barnett Licht.

Kleine Chronik.

Ueber Stelnaß und die künstliche Verjüngung sprach Dr. Magnus Hirschfeld im Zentraltheater. Der Vortrag litt darunter, daß der Redner auf das Spezialproblem der sexuellen Zwischenstufen, um dessen Erforschung er sich persönlich verdient gemacht hat, das aber doch nur in sehr losem Zusammenhang mit dem eigentlichen Thema steht, sehr ausführlich einging und deshalb nur eine kurze Viertelstunde auf die Fragen verwenden konnte, um demzufolge die zahlreichere Zuhörerschaft erschienener war. Trotzdem ist es dankenswert, daß hier in Leipzig, einer Stadt, die noch so voll Bräuter fest, über dieses Thema einmal wissenschaftlich objektiv berichtet wurde. Dr. Hirschfeld wies nach, daß die inquisitorische Härte, mit der heutzutage noch gegen die lexuell anders Empfindenden vorgegangen wird, sich vor den Erkenntnissen der naturwissenschaftlichen Forschung nicht mehr rechtfertigen läßt. Es handelt sich dabei um Menschen, die auf Grund ihrer körperlichen Veranlagung, nach der sich natürlich auch die geistige richtet, zu einem derartigen Fühlen und Handeln gezwungen sind. Ihre Verfolgung ist eine Handlungswelle, die auf demselben Blatt steht wie die Verfolgung Andersgläubiger in vergangenen Jahrhunderten. Toleranz ist auf diesem Gebiete genau wie auf religiösem eine Forderung der Zeit. — Ueber das eigentliche Verjüngungsproblem jagte der Vortragende nichts, was den Lesern der Volkszeitung aus meinen Artikeln über Stelnaß nicht schon bekannt wäre. Es erübrigt sich deshalb, hier nochmals auf diese Dinge einzugehen. Auch die allgemeinen Gesichtspunkte für die Stellungnahme zur Einführung der Operation in Hinsicht ihrer sozialen und hygienischen Bedeutung sind dabei erörtert worden. Auch Dr. Hirschfeld hält das Problem noch nicht für vollständig gelöst und die bisherigen Forschungsergebnisse nicht für ausreichend, um ein abschließendes Urteil abzugeben. Die zum größten Teil offenbar mit gespannter Erwartung erschiene Zuhörerschaft mußte also etwas enttäuscht nach Hause gehen. Wir sind noch nicht ganz so weit, daß man sich für einen blauen Schein die ewige Jugend kaufen kann. Pz.

Gewinnung von Brillanten aus einem Sumpf. Ein Leser schreibt uns: Was in Leipziger Blättern überm und besonders unterm Strich an Stillsitzen zusammengehört wird, ist haarsträubend. Die L. N. N. sind ja dafür bekannt, aber das Tageblatt steht ihnen nicht nach. Lesen Sie nur den Satz über das Drama „Sumpf“: „Ja, man könnte sich sogar einen Unsradikalen Kritiker vorstellen, der hier die Majestät des Profektariats verletzt glaubte und sich entschlossen zeigte, mit großer Gewalt diesen Sumpf in Scherben zu schlagen.“ Nicht genug mit einem Male. Es wird in derselben Kritik nachher noch einmal ausdrücklich betont, der Sumpf lasse sich „auch nicht mit großer, aber ungehörter Gebärde in Scherben schlagen“. Wie man so etwas schreiben kann? Leicht erklärlich. Die armen Schmöks müssen Nachkritiken liefern. So gegen halb elf verlassen sie zu diesem Zweck das Theater, einerlei, ob das Stück aus ist oder nicht; denn der Abonnent der Zeitung und beim Theater will beim Frühstück eine Verlautbarung über das Lesen, was er vor 12 Stunden gesehen hat. Und da der Seher bröckelt, geht denn das Quaseln los. Nitsch-ratsch, ist so ein Frühstück von 200 Zeilen in 20 Minuten hingeschmiert und zwar nicht der Sumpf, wohl aber die deutsche Sprache in Scherben geschlagen, die dann Schmöks bescheidener Sinn für funkelnde Brillanten hält.

Der Männerchor Vöhl-Böllig gibt Sonnabend im Volkshaus ein Herbstkonzert. Anfang 6 Uhr. Außer Männerchören unter Leitung des Herrn Salzer werden Cello-Vorträge des Herrn Professor Kienzel geboten. Eintritt 1.75 Mk.

Das Leipziger Vokal-Quartett veranstaltet am Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im großen Festsaal des Zoologischen Gartens einen Volkslieder-Abend. Mitwirkende: Konzertmeister Heinz Schachtel, Violine, Frau Auguste Schachtel-Gorodetz, Klavier, Karten bei Klemm, Neumarkt, und Friedlein, Seehannisplatz 3.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, abends 7 Uhr, in der 2. Fach- und Fortbildungsschule, Schleierstraße 10. Vortrag von Herrn Oberlehrer Berger über Chemie in der Küche. Gäste willkommen.

Die Märzfrage in Leipzig.

Rich. Lipinski.

Aus den Kämpfen in der Rappwoche ist mir wiederholt der Vorwurf gemacht worden, ich hätte die Interessen der Arbeiter verraten. Kam ich mit dem Hinweis, daß alles, was geschehen ist, den einstimmig gefaßten Beschlüssen der damals wirkenden Körperschaften entsprach, so wurde dies schließlich zugegeben, aber erklärt, von vornherein hätte fester zugesagt werden müssen. Da die Kolportage meines angeblichen Verrats bei den Parteiaus-

einanderbeziehungen eine wesentliche Rolle spielt, ja der Versuch gemacht worden ist, mich deshalb in einer großen Mitgliederversammlung niederzuschreiben, so muß ich doch auf die Vorgänge zurückgreifen und den Sachverhalt klarstellen. Ich wollte am Tage des Ausbruches des Rapp-Putschs auswärts und wurde telephonisch nach Leipzig berufen. Als ich hier mittags eintraf, hatte die Parteileitung und der Gewerkschaftsausschuß bereits die Protestversammlungen eingeleitet. Am selben Tage fanden zwischen der Bezirksleitung, den Kommunisten und Rechtssozialisten, wie Vertretern des Gewerkschaftsausschusses Besprechungen statt, in der die zu ergreifenden Maßnahmen erörtert wurden. Sie gipfelten in den Forderungen: Beseitigung der konterrevolutionären Regierung, Aufhebung des Belagerungszustands, Freilassung der Schutzhaftlinge, Amnestie für politische Vergehen. Für die Durchführung dieser Forderungen sollten die Arbeiter am Montag in den Generalkrieg einziehen.

Von seiner Seite wurde am ersten Tage gefordert, daß die Arbeiter eine Kampfstärke bilden sollten. Erst als am Sonntag entgegen gegebenen Versprechungen die Zeitsfreiwilligen auf die mehrfachen Demonstrationen schossen, änderte sich das Bild. Jetzt wurde die Forderung auf Bewaffnung der Arbeiter zum Schutz der revolutionären Errungenschaften erhoben. Von dritter Seite wurde uns am Sonntag nachmittag militärische Hilfe angeboten. Sofort wurden einige Genossen aller beteiligten Gruppen, mit Ausnahme der Kommunisten, die bereits von der gemeinsamen Aktion zurückgetreten waren, beauftragt, das Angebot zu prüfen.

Am Montag, mittags, erklärten die zur Prüfung beauftragten Genossen, daß für einen militärischen Widerstand alle Voraussetzungen fehlten. Es fehlte an einer militärischen Leitung, an Kräften, die diese Leitung übernehmen könnten, es fehlte an Waffen, Munition, Verpflegung, Verbandszeug und was alles bei einem organisierten Widerstand gebraucht wurde. Sollte dieser Mangel schnell beseitigt werden, dann mußte Geld in hohen Summen beschafft werden, das niemand besaß. Unzulänglich ausgerüstete und geleitete Arbeitertruppen gegen das mit allen Mitteln ausgestattete, im Straßenkampf geübte Militär in den Kampf zu führen, war ein Verbrechen an den Arbeitern.

Deshalb wurden zwei Genossen und ich beauftragt, mit dem Ministerium Rücksprache zu halten. Wir trafen am Montag in Dresden nur den Ministerpräsidenten Dr. Grabnauer an, der allein nicht entscheiden wollte und anderntags ablehnte.

Wir selbst konnten die Mittel nicht beschaffen, die Regierung aber lehnte ab. In der Volkstammer war inzwischen beschloffen worden, die Einwohnerwehren mit Arbeitern aufzufüllen, beziehentlich neue Einwohnerwehren aus sozialistischen Arbeitern zu bilden. Nach der Sachlage und unter Berücksichtigung der alten Wahrheit, daß die ökonomischen Kampfmittel die vornehmste Waffe der Arbeiter sind, blieb den Körperschaften gar nichts anderes übrig, als die Forderung nach Einwohnerwehren zu stellen, um die Arbeiter, die selbst zu den Waffen gegriffen hatten, zusammenzufassen. Stadtrat und Stadtverordnete stimmten am Mittwoch einstimmig dieser Forderung zu und leiteten hierfür einen Ausschuß mit Vollmachten ein. Sie stimmten ebenfalls der Forderung des Abzugs der Zeitsfreiwilligen zu.

Nachmittags kam Minister Schwarz aus Dresden in unsere Sitzung. Nach kurzer Aussprache über die Sachlage verlangte er, daß jemand beauftragt werde, mit ihm an einer Aussprache mit dem General Senfft von Pilsach in der Uranenfabrik teilzunehmen. Einstimmig wurde ich hierzu bestimmt. Die Aussprache mit dem General und seinem Stabe war sehr erregt, endete aber mit dem Abschluß eines unbefristeten Waffenstillstands. Ich übernahm es, den kämpfenden Arbeitern den Waffenstillstands-befehl zu überbringen und da zeigte es sich, daß der mich begleitende Offizier genau den Stand des Hauptquartiers der Arbeiter kannte, das mir völlig unbekannt war. Bei der Unterredung mit dem General teilte ihm Minister Schwarz auch mit, daß Zeitsfreiwillige das Volkshaus stürmen wollten.

Nachts bis früh 5 Uhr fanden dann im Rathaus mit den städtischen und staatlichen Behörden, dem General und seinem Stab, dem Stabe der Zeitsfreiwilligen, des für Schaffung der Einwohnerwehr eingelegten städtischen Ausschusses und mit Verhandlungen statt, die mit Abschluß des Friedensvertrags endeten.

Die Situation war folgende: Die Rapp-Regierung war erledigt, die städtischen Behörden hatten die in den Arbeiterkreisen mit Recht gefaßten Zeitsfreiwilligen desavouiert. Der Friedensvertrag besagte, daß die Zeitsfreiwilligen am Donnerstag Leipzig verlassen würden, sie sollten in Wiederlich und Lindental einquartiert werden. Die Gefangenen sollten ausgetauscht werden. Die Leipziger Volkszeitung sollte durch Extrablatt bekanntgeben, wann der Friedenszustand eintritt. Die Arbeiter sollten bis dahin ihre Stellungen behaupten und ihre Waffen behalten. Erst am Sonnabend, also nachdem die Zeitsfreiwilligen längst abgezogen sein sollten, sollten die Arbeiter die Waffen nicht etwa an das Militär, sondern an das Polizeiamt zur Bewaffnung der Einwohnerwehr abgeben. Nicht im Namen der Organisationen hatte ich den Friedensvertrag abgeschlossen, sondern ich verpflichtete mich nur, mich mit meiner ganzen Person für die Anerkennung des Friedensvertrags einzusetzen.

Das Bürgertum hatte eine schwere moralische Niederlage erlitten, die Arbeiter hatten das Feld behauptet.

Bei Kenntnis der schwachen Position der Arbeiter, des ganzen militärischen Apparat und des Umstands, daß in der Nähe von Leipzig Militär herangezogen worden war, blieb eigentlich gar nichts anderes übrig, als dem Friedensvertrag zuzustimmen.

Aber es kam anders. Statt daß die Redner am Donnerstagfrüh den Bericht entgegennahmen, den gedruckten Friedensvertrag

nahmen und nun in die Versammlungen eilten, um die harrende Menge mit der Situation vertraut zu machen, diskutierte man, ob es dem Vertrage noch etwas zu ändern sei. Die Zeit verstrich. Wo es zu handeln galt, da blieben die Versammlungen ohne Redner, konnten keine Beschlüsse fassen, oder es bemühten sich die Schreier und Kommunisten der Versammlungen und putzten die Menge auf.

Dadurch gewann die Gegenseite Zeit, zum neuen Stoß auszuholen. Als nachmittags die Körperschaften einstimmig dem Friedensvertrage zustimmten, war es zu spät. Das Militär schrie fälschlich über Bruch des Friedensvertrags, nahm den Kampf mit verstärkter Kraft auf und für die Arbeiter war nichts mehr zu retten. Ein verpaßter Augenblick. Die Zertrümmerung des Volkshauses war das Siegel.

Ohne auf alle Kleinigkeiten einzugehen, glaube ich, daß diese Darstellung hinreicht, die Situation von damals zu überblicken. Wo und in welchem Stadium des Kampfes konnten ich und die Körperschaften anders handeln. Das Schlimmste ist, daß der Vorwurf von den Genossen erhoben wird, die genau die Sachlage kannten und an den Verhandlungen teilgenommen haben. Hier ist ein außerordentlich starkes Stück Demagogie und Unehrlichkeit offenbart worden.

Ich tat meine Pflicht unter Einsetzung meiner ganzen Person. Im vollen Bewußtsein, mein Bestes in jenen Tagen eingesetzt zu haben, kann ich mich über den Anwurf des Verrats leicht hinwegsetzen.

Eine Mahnung zur geeigneten Zeit.

Die Mitglieder der USF Leipzigs wie im Reich stehen abermals vor einer wichtigen Entscheidung. Sie sollen durch ihre Abstimmung betonen, ob sie sich bedingungslos dem Diktat von Moskau unterwerfen wollen oder nicht.

Objektiv betrachtet, geht der Kampf nicht um die Grundzüge der Partei, die taktische Anwendung der Mittel zur Erreichung unseres Ziels spielt die Hauptrolle im Streite. Die sogenannten Linken glauben unter Anwendung der russischen Methoden früher zum Ziele zu kommen; sie wollen die Weltrevolution beschleunigen, gleichgültig ist ihnen, ob die politischen, sozialen und psychologischen Vorbedingungen gegeben sind oder nicht. Das scheint auch die Auffassung der 3. Internationale zu sein. Alle diejenigen, die sich diesem Gedankengange widersetzen, sind ihrer Meinung noch traurige Subjekte, Verräter an der Revolution und anderes mehr. Nur diejenigen, die die 21 Bedingungen schluden, sind die wahren Revolutionäre.

Als ich den Kongreßbericht der 3. Internationale zu Gesicht bekam, erregte es mein Erstaunen, daß man in Rußland solche Bedingungen stellen konnte, ohne auf den Widerspruch in den eigenen Reihen der russischen Genossen zu stoßen, um so mehr, als auch Nabel dem Kongreß mitbewohnte, der ja über deutsche Verhältnisse einigermaßen informiert war. Nun werden verschiedene Genossen vielleicht kommen und sagen, von letzterem ist nichts anderes zu erwarten auf Grund von Erinnerungen aus der alten Partei. Das trifft jedoch nicht das Richtige. Auch Nabel hatte mitunter kerngesunde Ansichten. Als einer derjenigen, die von Kriegsbeginn an nicht mit der Kriegspolitik der Rechtssozialisten übereinstimmten, befand ich mich seit 1915 mit bei der sogenannten Opposition und war einer der ersten, denen daran lag, die Wahrheit über die internen Vorgänge innerhalb des alten Parteivorstandes und der Reichstagsopposition zu ergründen, die geschildert den eigenen Genossen norenthalten wurde. So kam ich mit verschiedenen Genossen in Verbindung, deren Bestreben darauf hinauslief, die Masse der Genossen auf die wahre Bahn des Sozialismus zurückzuführen, den revolutionären Willen zu stärken. Ich kam dadurch auch in den Besitz jener Schriften, die sich mit den wahren Ursachen des imperialistischen Weltkriegs beschäftigten, die aber nicht die Deffentlichkeit erblicken durften. So erinnerte ich mich neuerdings denn auch nach der heiligen Auseinandersetzung eines Artikels Nabels im Vorboten der internationalen marxistischen Rundschau vom April 1916 über grundsätzliche und taktische Streitfragen der deutschen Opposition. Vielen Genossen, selbst von den Linken, dürfte derselbe unbekannt sein; es verlohnt sich daher die Mühe, einige Gesichtspunkte Nabels zum besten zu geben, weil sie ihren historischen Wert besitzen auch in der heutigen Lage.

In jenem Artikel begründet Nabel die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung im weitesten Sinne des Wortes. Er sagt darin wörtlich: „Der Kampf der Arbeiter gegen den Weltkrieg ist ein Kampf gegen den Imperialismus. Da dieser die Politik des Kapitalismus ist, der reißt für den Sozialismus wurde, ist der Kampf gegen den imperialistischen Weltkrieg, ein „Austat“ zum Kampf um den Sozialismus, wie sich die Resolution der Zimmerwälder Linken ausdrückt. Sozialismus gegen Imperialismus, revolutionärer Massenkampf um den Sozialismus, das ist die positive Lösung.“ In seinen weiteren Ausführungen wendet er sich gegen die bürgerlichen Sozialisten und das Parteizentrum innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, die als Programm der Westpolitik die Forderung „der internationalen Übereinkunft über Beschränkung der Rüstungen und über die Entschärfung aller weltpolitischen Konflikte durch internationale Schiedsgerichte“ aufstellten und vor und während des Krieges jene Parole ausgaben. Im 3. Absatz jenes Artikels polemisiert Nabel gegen Cunow, der die Zeit der Rufe für den Überweg zur sozialistischen Gesellschaft nicht anerkennen wollte. Nabel sagt wörtlich: „Der Sozialismus ist wirtschaftlich möglich, weil in den wichtigsten Wirtschaftszweigen eine Höhe der Konzentration eingetreten sei, die ihre Leitung im Interesse der Allgemeinheit möglich macht. Er (der Sozialismus) wird politisch möglich sein, wenn die Arbeiterklasse den revolutionären Massenkampf um die Gewalt im Staate beginnt und nach einer Periode von Siegen und Niederlagen sich am Staatsrunder behauptet. Die historische Bedeutung der imperialistischen Epoche, die ein Produkt dieses ungeheuren wirtschaftlichen Konzentrationprozesses ist, ist eben, daß sie die psychologischen Vorbedingungen für den Kampf des Proletariats um die politische Macht schafft.“ Schon vor dem Kriege war die Verschärfung der Klassenkämpfe in ganz Europa und Nordamerika ein Resultat des Wachstums des Imperialismus; sie wurden verursacht durch die Teuerung, Verschlechterung der Aussichten der Gewerkschaften den Unternehmerrorganisationen gegenüber, durch die wachsende Steuerlast, durch die Reaktion. Aber all diese Erschütterungen haben sich als zu klein erwiesen, nicht nur, um die breitesten Arbeitermassen, sondern selbst um die sozialistisch gesinnten Massen zum Kampf zu führen, der dem Kapitalismus ein Ende bereiten konnte.

Betrachten wir uns die im Sperrdruck hervorgehobenen Zeilen Nabels und prägen wir sie uns ins Gedächtnis, vergegenwärtigen wir uns die geleistete Arbeit der Unabhängigen Sozialdemokratie seit ihrer Gründung und betrachten wir uns die heutige Lage in Deutschland, dann wird wohl jeder ehrliche Genosse sagen müssen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie zu jeder Stunde in den revolutionären Kämpfen ihren Mann gestellt hat zur Eroberung der politischen und der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse.

Nabel wollte den revolutionären Massenkampf um den Sozialismus, denselben propagiert die Unabhängige Sozialdemokratie noch heute; leider liegen die Tatsachen so, daß trotz der vollzogenen revolutionären Umwälzung in Deutschland der erhebliche Teil der Proletariermassen noch abseits steht; sie zu gewinnen und zum revolutionären Kampf zur Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht zu führen, bleibt heute noch unsere Hauptaufgabe. Nabel sagt auch selbst, daß der Sozialismus wirtschaftlich und politisch dann möglich wird, wenn die Arbeiterklasse den revolutionären Massenkampf um die Gewalt im Staate beginnt und sich am Staatsrunder behauptet. Hierzu ist zu bemerken, daß der größte Teil der angeblich rechtsorientierten opportunistisch-gezeichneten Genossen, die im Vorbetreffen der Partei stehen, den revolutionären Kampf um den Sozialismus aufgenommen haben zu einer Zeit, wo sich verschiedene der über-radikalen Genossen der Gefahr wegen hüßlich in die Ecke drückten, wenn sie nicht andererseits jagt dem Kapitalismus Schergen Dienste leisteten. Untenweg hat aber insbesondere die Partei der USF, Standeshalten allen Aufseindungen seit ihrer Gründung, und sie war es auch, die, nachdem die psychologischen Vorbedingungen vorhanden waren, den Kampf um die staatliche Macht aufnahm. Die Arbeiterklasse war gerammte Zeit im Besitz der politischen Macht. Die kapitalistische Gesellschaft war vom Staatsrunder gedrängt. Daß diese Macht den Arbeitern wieder verloren ging, entsfällt nicht auf das Schuldkonto der USF, sondern es ist dies zurückzuführen auf die Uneinigkeit, auf die Kräftezerpflüchterung der Arbeiterklasse und auf den schmachvollen Verrat der rechtssozialistischen Partei an der Revolution. Einigkeit, nicht Zerplitterung bildet die Vorbedingung im Kampf um den Sozialismus, sie bildet die Vorbedingung zur Erringung am Staatsrunder.

Die Zeit der revolutionären Kämpfe des Proletariats ist noch nicht vorüber, bereits erhebt der Kapitalismus auch in Deutschland wieder seinen Kopf. Auch Nabel rechnete schon damals in seinem Artikel mit solchen Umständen. Er sagt im Abschnitt 4: „Wie wir den revolutionären Teilkämpfe nicht aus dem Wege gehen können, sondern ungefehrt in ihnen den Kampf um den Sozialismus sehen, so müssen wir für diesen Kampf ein Aktionsprogramm besitzen, das im Gegensatz zum Programm der Reform des Kapitalismus, als welches das Minimalprogramm der 2. Internationale fungierte, ein Programm der Revolution, der Überwindung des Kapitalismus ist: es muß die Forderung enthalten, den Lebensinteressen des Proletariats entsprechend, für die es in den Kampf treten wird, und die es, sobald es aus diesem Kampf siegreich herauskommt, die Gewalt erringt, realisieren wird. Aus tausend Lebensnöden der Arbeiterklasse erwachsend, wird der Kampf um die Abschaffung, jeder von ihnen unter Sonderlösungen, geführt, die alle zusammen den Kampf um den Sozialismus bedeuten.“ (Nabel steht mit diesen Ausführungen im Gegensatz zu Trotski, der diese Tendenzen als Extremismus, der sich mit der reinen Propaganda des Sozialismus begnügt, bezeichnet, was eriteren veranlaßte zu der Bemerkung, das sei ein Produkt der Phantastik Trotskis.)

Wie die Parteigenossen erkennen werden, trägt Nabel mit obigen Ausführungen den Besonderheiten der einzelnen Staaten Rechnung. Er läßt den Spielraum für die vom Proletariat zu führenden Kämpfe nach der Eigenart der nationalen Verhältnisse zu, verlangt indessen von jeder sozialistischen Partei der Internationale, daß sie ein Aktionsprogramm besitzt, das unzweideutig ein Programm der Revolution, der Überwindung des Kapitalismus ist. Es bleibt jedem Genossen nun unbenommen, das Aktionsprogramm unserer USF zur Hand zu nehmen und mit der Forderung Nabels zu vergleichen. Vier Jahre sind allerdings seit der Zeit ins Land gegangen; der revolutionäre Umsturz in Rußland ermöglichte ihm, nach Rußland zurückzukehren, weshalb er sich wohl auch zu den Ansichten Trotskis bekehrte, an Stelle der freien Entscheidung der Parteimitglieder in den einzelnen Ländern lieber das Diktat des russischen Exekutivkomitees zu setzen.

Nabel führte in jenem Abschnitt weiter aus: „Wir führen den Kampf um den Sozialismus, den Kampf gegen das Zerbrechen der Nationen, gegen ihre gewalttätige Preßung in fremde Staaten, weil die Unterdrückung eines Teils des internationalen Proletariats die Lage aller ändern verschlechtert, für alle neue Ketten bereitet; wir führen ihn im Namen des Sozialismus, der allen Völkern erlauben wird, in brüderlicher Weise, ohne Druck über die gemeinsamen Angelegenheiten zu bestimmen, wir führen ihn unter der Losung: Die Grenzen weg. Vereinigung der sozialistischen Völker der Welt!“ Auch dieser Satz dient der USF, als Richtschnur; sie hat den Kampf dafür geführt in der Zeit des Krieges, bis auf den heutigen Tag. Sie hegt die volle Sympathie für die Tätigkeit der russischen Genossen in ihrem heldenmütigen Kampfe gegen das imperialistische Kapital; sie unterstützt denselben, soweit es in ihren Kräften steht. Das alles kann uns jedoch nicht hindern, gebundene Marschfronten abzulehnen, die unter Umständen dazu führen könnten, der Sache des Sozialismus mehr zu schaden als zu nützen. Wir erstreben die Vereinigung aller revolutionären Parteien, wir begrüßen auch die enge Verbindung mit den russischen Genossen, die Führung des Kampfes im eigenen Lande muß jedoch der Arbeiterklasse Deutschlands selbst überlassen bleiben. Sie muß den geeigneten Augenblick erkennen, der uns dem Ziele näherführt. Gerade die Erfahrungen während der zweijährigen Periode der Revolution in Deutschland geben jedem Genossen Veranlassung, äußerster Vorzicht zu walten. Mit nutzlosen Putsch ist der Sache des Proletariats nicht gebiliet. Annäher Opfer zu bringen, liegt für uns keine Veranlassung vor. Der Boden muß reif gemacht werden für die Saat, und nicht zum zweitenmal darf sich das Proletariat die erlangte Position verfehlen.

Nur planmäßige Arbeit, revolutionärer Wille und Energie, Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse wird und kann uns unsern Ziele näherbringen. Den Sozialismus lebensfähig zu erhalten, brauchen wir weiter die tätige Mitarbeit nicht nur der Genossen in Rußland, sondern auch die der westeuropäischen Staaten. Daher ist es der schwerste Fehler der russischen Genossen, daß sie durch unerfüllbare Bedingungen den Eintritt in die 3. Internationale unmöglich machen und damit jede gemeinsame Arbeit zur Niederhaltung des Kapitalismus vereiteln. Sorgen wir durch glatte Ablehnung derselben dafür, daß sich die russischen Genossen eines Besseren besinnen, damit es möglich ist, die revolutionäre Bewegung in den einzelnen Ländern zu fördern, die Zusammenfassung aller revolutionären Sozialisten zu ermöglichen.

In unsrer Leipziger Parteimitglieder richte ich die Mahnung, mit kühler Überlegung zu handeln, allen Zerplitterungsversuchen der Kommunisten und ihrer verkappten Anhänger zum Trotz fest und treu zur Organisation der USF zu halten, eingedenk des Wahlpruchs

Einigkeit macht Kraft!

Wiel zu viel Zeit hat dieser Streit schon wieder der Organisation getoheit, die besser angebracht war zur wirklich praktischen Arbeit im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Soß. Scheltb.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichtslagung.

k. Bamberg, den 27. September. Die diesjährige Tagung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurde heute vormittags hier im Darmstadt von dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden Stadtrat Hilfer, Frankfurt a. M. eröffnet. Anwesend sind über 300 Delegierte. Reichs- und Staatsbehörden haben Vertreter entsandt. Stadtrat Hilfer wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß seit der letzten Tagung 7 Jahre verfloßen seien. Dazwischen liege der Weltkrieg.

ber auch unter den letzteren die Besondere große und wichtige Bedeutung hat.
 Ministerium des Innern, dem Reichsministerium als Vertreter der Reichs- und preussischen Regierung leitet den Gewerbe- und Kaufmannsgerichtstag als oberster der einseitigen Arbeiterräte. Der Gedanke ist jetzt der Ausführung nahe. Die Tagung möge den Entwurf nach vom Standpunkte der Praxis durcharbeiten.
 Oberlandesgerichtspräsident Wark als Vertreter des bairischen Justizministeriums teilt mit, daß diese Behörde für den Antritt der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte sei. Wenn die Räte nicht händig mit den Fragen des Arbeitsrechts in Fühlung bleiben, dann sei die Rechtsprechung gefährdet.
 Den Geschäftsbereich über die Tätigkeit des Verbandes erörterte der Vorstand des Verbandes, Rechtsanwalt Dr. Bauer Berlin. Bei Ausbruch des Krieges wollten die Unternehmer die Arbeiter und Angehörigen entlassen. Geschäftsfragen wurden vernachlässigt. Die Rechtsprechung mußte richtunggebend einwirken. In der ersten Zeit des Krieges verließen die Unternehmer auch die Verträge zu entfallen. Später, als die Vertriebsstellen in der Kriegsindustrie zunahm, wollten die Lehrlinge die Verträge lösen. Schadenersatzklagen wegen verspäteter Ausstellung des Abbedingens kamen hinzu. Die Schlichtungsausschüsse waren besser den Gewerbebehörden angegliedert worden. Ein harter Rückgang der Zahl der Prozesse ist eingetreten; eine Folge der Einweisung von Schlichtungsausschüssen. Der Redner beklagt sich noch über unzureichende Berücksichtigung der Gewerbebehörden bei Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.
 Eine Debatte wurde nicht beliebt. Widerspruchlose Annahme finden zwei Resolutionen, von denen die erste auspricht, daß der Verband sein Fortbestehen auch nach Errichtung der Arbeitsgerichte im Interesse der Fortentwicklung des Arbeitsrechts für erforderlich

hält. Gefordert wird eine Bestimmung, wonach die Arbeitsgerichte Mittel für Verfahren und Anwaltschaften hätten. (Analog des § 333 der N. O. D.) Die zweite Resolution verlangt eine Satzungsänderung, nach welcher den nach der Verordnung vom 23. 12. 18 bestehenden Schlichtungsausschüssen der Beitritt zum Verband gestattet wird. Bei Einführung der Arbeitsgerichte und der Schlichtungsordnung soll der Verband in einen Verband der Arbeitsgerichte und Schlichtungsausschüsse umgewandelt werden.
 Der nächste Verbandstag soll in Erfurt oder Essen stattfinden. Darauf wurde in die Beratung der Hauptpunkte der Tagesordnung, Stellungnahme an den Gesetzentwürfen über Arbeitsgerichte und einer Schlichtungsordnung, eingetreten. Darüber berieten wir nach Abschluß der Verhandlungen zusammenhängend.

traft hatte. Da eine solche jedoch nur zufällig ist, wenn ein Sachverständiger sie beantragt hat, ist der Vermerk des Reichsgerichts die Revision als unbegründet.
 Ein Raubmord an der Landstraße. Das Schwurgericht Breslau hat am 29. Juni den Arbeiter Wilhelm Kofschel wegen Raubmordes zum Tode verurteilt, weil er am 23. Dezember 1919 auf der Streblener Landstraße allein oder mit anderen den Knecht Franz Kalusch aus Thomastisch ermordet und ihm eine Anzahl Sachen sowie den seinem Dienstherrn, dem Gutsbesitzer Sch. in Thomastisch gehörigen Wagen nebst zwei Pferden geraubt hat. Der Angeklagte hatte gegen das Urteil Revision eingelegt, diese wurde jedoch vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.
 Wegen Mordes in zwei Fällen sowie wegen Rückfallobstahls in zwei Fällen ist vom Schwurgericht Trier am 10. Juli nach neuntägiger Verhandlung der Bäckergehilfe Paul, genannt Peter Lassen, zweimal zum Tode und zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen hat er am 9. Dezember 1919 zwischen Bopp und Berl den Kraftwagenführer Reibhfer ermordet und ihm verschiedene Ausweispapiere gestohlen. Er hat ferner am 9. oder 10. Dezember 1919 zu Weh den Zuckerwarenhandwerker Dusan Antonowicz aus Weh ermordet und ihm eine goldene Uhr und andre Sachen weggenommen. Der Mord und des Raubes, begangen an dem Kaufmann Jules Berne aus Paris, ist der Angeklagte nicht für schuldig befunden worden. Die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision erhielt mehrere prozessuale Beschwerden. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Wegen Raubmordes ist vom Schwurgericht Gotha am 9. Juni der Schlachtergehilfe Walter Wiegand zum Tode verurteilt worden, weil er am 18. Oktober 1919 in der Nähe des Bahnhofes Gehberg im Walde den Fleischer und Kaufmann Karl Wadhaus aus Arnstadt erschlugen und seiner Barschaft beraubt hat. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Wiegand Revision eingelegt, die das Reichsgericht beschloß. In der Hauptverhandlung war behauptet worden, daß der Angeklagte gelbkrank sei, aber die beiden als Sachverständige vernommenen Ärzte hatten keinen Antrag gestellt, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand in einer Anstalt untersuchen zu lassen. In der Revision wurde hierüber Beschwerde geführt und darauf hingewiesen, daß der Verleibiger die Beobachtung des Angeklagten in einer Anstalt bean-

Auf, zum Einkauf für Oberschlesien!

Jeder decke seinen Bedarf in dem großen Legreta-Verkauf

am **Sonnabend, 2. Oktober**

in den Geschäften, die dieses gelbe Plakat im Schaufenster aushängen



Diese Geschäfte (über 300!) führen mindestens ein Prozent der Tages-Einnahme an die „Legreta“ ab.

Legreta-Verkauf Legreta-Verkauf
 Leipziger Grenzspenden-Tag für
Oberschlesien und Kärnten
 „Legreta“
 Heute am 2. Oktober
 zu Gunsten der Abkündigung für Oberschlesien und Kärnten
Extra-Verkauf
 Leipziger Verband des Einzelhandels
 Legreta-Verkauf Legreta-Verkauf

Leipziger Verband des Einzelhandels.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Händler m. Wander-Gewerbetheim
 zum Verkauf von Textilwaren gesucht
 Offerten unter A. 31 a. b. Expedition d. Bl.
Geübte Stepperinnen
 für sofortigen Eintritt gesucht. Für auto-Verweisung und Unterkunft ist gesorgt.
Schuhfabrik Gustav Hoffmann, Kleve a. N. Rhein.
Hausarbeiterinnen
 für leichte Klebarbeiten sofort gesucht
Gebr. Westphal, Plauwitz, Ronnenstr. 25/27.
Sortiererinnen
 bei höchsten Löhnen gesucht.
 In melden bei
M. L. Sander & Co.,
 Leipzig, Brühl 14/16.
Verkäufe
Birnen saftig, perf. billig
 im einzeln. Barth,
 Salzhäusen, Hauptstr. 15, 1.
Zigaretten
 Vordmündlich von 12 / an
 Beduino, ohne „ 15 „
 Kosmos-Enden „ 20 „
 enalische „ 40 „
 Soonto-Regie „ 30-50 „
 Cigaretten 3 und Gerberstr. 40
Blauen-Blindhund jeder
 Haus zum
 Filiale Modau, Modauerstr. 37,
 empfiehlt bill. preisw. gute
 Blauen-Blindhund, Hausbahn
 Modau!
Sohlenleder billig
 Sever, Gohlis, Stadstr. 7.

Gasmaskenleder
Damen-Spangenschuhe
 mit Ledersohle
 Größe 36-42
 Paar: **48.-** Mark
 In großen Nummern auch als Herrenschuh zu tragen. Sowie Vorrat reicht.
Rettet Oberschlesien!
Kauft das Legreta-Gutscheinheft!
 Erhältlich in unseren Geschäften.
Nordheimer

Serr. Schnürsch., neu, Gr. 40,
 mit Gummi-Abstr., 1.40 Mk.
 v. Hocherstraße 39, III. r.
Smoking-Anzüge
Cutaway m. gestr. Hose
Frack-Anzug m. Gehrock
Gehrock-Anzüge
 perf. Frommannstr. 12, Vab.
 Mit. Mantel, neu, sehr perf.
 Bunt. Winter-überzieh, bill.
 alt. Jack-Anzüge, Mit. Hose,
 Blau, Reith, Marinestiefel,
 v. Rankische Gasse 6, vt. 1.
 2 elegant. Cutaway-Anzüge mit
 gestr. Hof., 300 u. 475 Mk., Geh-
 rock-Anz. bill. Burgstr. 13, III. l.
 S. u. D. Garderobe, Winter,
 Wäsche, umarbeiten billig
 Go., Gothaer Str. 28, vt. 16.
 Mit. Sportmantel, selbstver-
 Seidenfutter, Mit. West. perf.
 Burgstr. 182, Walter
 Winterperletot 210 u. 220 Mk.,
 Socken u. Beste, mittl. Figur,
 v. v. Unger, Spichernstr. 1, III. r.
 Anzug, Paletot m. Gr. Frd.,
 n. Mit. Stiel, -Schuhe, Mit.,
 Spielhose, Grammoph. m. 31,
 v. Eisenbahnstr. 13, Hof II. r.
 2 Anzüge, 175 u. 350, elegant.
 Gebr. Anz. 350, e. s. Cutaway-
 Anz. 375, v. v. v. v. v. v. v. v. v. v.
 Mit. Rock, Kanne Str. 10, l.
 Mehr. Jack-Anzüge, Frd. v. v.
 v. bill. Kohlgeräten, r. 44, II.
 Jackett-Anzug, hochel. mod.
 Winter, für mittl. Fig., v. v. v.
 v. Unger, Spichernstr. 1, III. r.
 Cutaway, la. überm. Fig., eleg.
 Frack, Schw. Fig., Kamma, v. v.,
 alt, 50, v. v. v. v. v. v. v. v. v.
 S. u. D. Garderobe, Winter,
 Wäsche, umarbeiten billig
 Go., Gothaer Str. 28, vt. 16.
 Mit. Sportmantel, selbstver-
 Seidenfutter, Mit. West. perf.
 Burgstr. 182, Walter
 Winterperletot 210 u. 220 Mk.,
 Socken u. Beste, mittl. Figur,
 v. v. Unger, Spichernstr. 1, III. r.

Preiswertes Angebot
 zu ganz bedeutend herabgesetzten
 Preisen, solange der Vorrat reicht!

| | |
|--|------------|
| Braune Herrenstiefel | Mk. 182.50 |
| Herrnstiefel schwarz | 135.50 |
| Braune Damenstiefel Hochschaff | 225.50 |
| Damenstiefel schwarz | 125.50 |
| Damen-Lackschiffel Hochschaff | 185.50 |
| Damen-Schnürhalbschuhe m. Lack- kappe | 85.50 |
| Braune Damen-Halbschuhe | 98.50 |
| Damen-Spangenschuhe | 54.50 |
| Damen-Lack-Halbschuhe | 125.50 |
| Damen-Leinenschuhe . . . von . . . | 41.50 an |

Kinderstiefel in allen Größen
Leder-Hauschuhe v. Mk. 16.50
 Hausschuhe . . von Mk. 2.25 an
 Leder-Sandalen für Herren, Damen und Kinder
 Holz-Sandalen von Mk. 1.75 an
 Strümpfe u. Socken . . . von 13.75 und 5.50 an
Schuhhaus Neptun G. m. b. H.
 Hainstr. 26/28 Windmühlenstr. 31.

Alltägliche Bekanntmachungen.

Fleischverteilung
am Sonnabend, den 2. Oktober:
Erwachsene: 100 Gramm Cornedbeef (3,17 Mt., das Pfund 9,90 Mt.).
Kinder: 80 Gramm desgleichen (1,50 Mt.).
In den Fleischereien mit Ausweisnummer 51-100 gibt es 120 Gramm Cornedbeef (2,38 Mt.) und 50 Gramm Wurst (79 Pf.), das Pfund 7,90 Mt.).
Ernährungsamt Leipzig, am 30. September 1920.

Butter- und Schweinefleischverteilung.
1. Marke J 50 Gramm Butter (1,90 Mt.).
2. Marke K 100 Gramm Schmalz (3,60 Mt.).
3. Marke 9 für Kleingehaltene 50 Gramm Schmalz (1,80 Mt.).
Verbraucher: Markenabgabe bis 2. Oktober, Abholung bis 11. Oktober.
Kleinbändler: Bezugstarke-Entnahme 4. 10. (gelber und allem, grauer Lieferchein). Abgabe der Bezugstarke B 196 und Pa 34 4. 10.
Buttergroßhändler: Bezugst.-Ablieferung 5. 10. Ernährungsamt Leipzig, am 30. September 1920.

Maul- und Klauenseuche in dem Grundstücke Selterhäuser Straße 11 in Leipzig-Langer-Crotenberg **ausgebrochen.**
Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. April 1911 zum Viehschadenact und § 41 der schädl. Ausführungsvorschriften vom 7. April 1912 wird das Grundstück als Sperrbezirk und der 13. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt.
Leipzig, am 30. September 1920. Gef.-V. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

Reichsleiderlager Nr. 33, Yorckplatz 3/4.
Mittwoch, den 6. Oktober, in der Zeit von 9-1 Uhr für die bezugsberechtigten Geschäfte des Kommunalverbandes Leipzig-Stadt Angebote in **Damen-Wintermänteln dreiteiligen Herren-Anzügen** in Größen 44 bis 54 fortiert.
Eintritt nur gegen Ausweis. (Verkaufsbedingungen mit Kundennummer). Waren-Ausgabe findet während dieser Zeit nicht statt.
Bezugscheine für diese Waren werden ab Montag, den 11. Oktober, auf der Bezugseinstelle, Neues Rathaus, Zimmer 203, ausgegeben.

Tauscha. 1. 200 Gramm Corned Beef, Kinder die Hälfte. Vorrat: 970 Mt.
2. Für nächste Woche werden ausgegeben: 1. Pfund Rohmehl (82 Pf.) und 100 Gramm Schmalz (3,60 Mt.). 3. Sonnabend, den 2. Oktober, norm. von 8-11 Uhr, **Brandstohlenverkauf** im Elektrizitätswerk. Zentner: 0,25 Mt.

Am 1. Oktober d. J. sind fällig: die Brandversicherungsbeiträge, die städtische Grundsteuer. Die Hausbesitzer oder ihre Stellvertreter werden ersucht, diese Steuern bis zum 14. Oktober d. J. an unsere Stadtkasseneinnahme einzuzahlen.

In den Grundstücken Leipziger Straße 5 und Eilenburger Straße 2 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Als Sperrbezirk wird der innerhalb der nachfolgenden Straßen liegende Ortsteil bestimmt: Leipziger Straße bis zum Restaurant Parthenhöfchen, An der Parthe, Marktstraße, Brauhausstraße, Eilenburger Straße 2, 4 und 6 und Markt. Beobachtungsgebiet: Tauscha.
Tauscha, den 30. September 1920.
Der Stadtrat.

Beilage von **Werkzeuemarkt.**
Auf die Abstände 7, 8, 9 und 10 der für die Monate August bis September ausgegebenen Bäderkarten dürfen Brennstoffe geliefert und bezogen werden.
Leipzig, am 1. Oktober 1920. R.-M. 19/42.

Sparkasse Gautzsch.
Wegen Reinigung **geschlossen.**
am Montag u. Dienstag, den 4. u. 5. Oktbr.

Sparkasse Paunsdorf.
Geschäftszeit:
Montags bis Freitags 8-2 Uhr,
Sonnabends 8-1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.
Postkassent. Leipzig Nr. 41390.
Kontokonten.

Arbeiterfrauen! Beruft Euch bei Euren Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung!

U.S.P.D. Groß-Leipzig Ortsverein Zwenkau U.S.P.D.

Wahllokale zur Urabstimmung
Sonntag, den 3. Oktober, von 9-3 Uhr.

- Leipzig-Stadt: Volkshaus, Zimmer 1, Rethor Straße 32.
Gutenberg, Johannisstraße 10.
Hotel Viktoria, Ecke Gerberstraße.
V.-Anker: Angerschloßchen, Weinauborfer Straße.
V.-Reuditz: Restaurant Kohlgraben, Weidmannstraße.
V.-Bismarck: Restaurant Silberpappel, Kirchstraße.
V.-Neuland: Restaurant Sophienhöfchen, Konradstraße.
V.-Scherbau: Restaurant Krone, Wurauer Straße.
V.-Schönefeld: Bibliothek, Stettiner Straße.
V.-Stülp: Restaurant Landhaus.
V.-Probstheida: Restaurant Julius.
V.-Stötterich: Bibliothek, Gleserstraße.
V.-Thonberg: Bibliothek, Stöttericher Straße 17.
V.-Connewitz: Restaurant Gambirinus, Biederemannstraße.
V.-Dölitz: Gasthof zum Park.
V.-Pöhlitz: Restaurant goldener Stern.
V.-Plagwitz: Restaurant Reibler, Merseb.-Weihenf.-Str.
V.-Lindenau: Restaurant Stadt Altenburg, Markt.
V.-Schleußig: Restaurant Kamerun, Nonnenstraße 52.
V.-Reinsdorf: Terrasse und Bibliothek, Gieselerstr. 85.
V.-Lützschena: Restaurant Feldschloßchen.
V.-Gohlis: Riedau-Auskant.
V.-Modau: Restaurant Hermannsruhe.
V.-Mölkern: Restaurant Carolabab, Meddenburger Str. 10.
- Ostbezirk:**
Bannsdorf: Alter Gasthof.
Engelsdorf: Restaurant Böhmerwald.
Borsdorf: Restaurant zur Börle.
Banitzsch: Gasthof Stegemann.
Gerichshain: Gasthof.
Beucha: Gute Quelle.
Branditz: Goldener Stern.
Himmelsheim: Gasthof.
Döbitz: Gasthof.
Tauscha: Goldener Löwe.
Gasthof Cradefeld.
Naunhof: Vereinslokal.
Fuchshain: Vereinslokal.
- Südostbezirk:**
Großpössa: Gasthof.
Hohlfelden: Restaurant Bahnhof.
Biederwitz: Gasthof zum Kob.

- Mölkern: Restaurant Neue Welt.
Sestewitz: Vereinslokal.
Wadhau: Gasthof zur Krone und Gasthof Gildengossa.
Möbbitz: Gasthof.
Rötha: Stadt Leipzig.
Trachena: Gasthaus.
- Südbezirk:**
Böhlen: Gasthof Riedel.
Crottwitz: Gasthof.
Gröben: Gasthof.
Görschitz: Feldschloßchen Großstädteln.
Großdeuben: Weisches Hof.
Marktleeberg: Restaurant Grüne Eiche.
Dölsch: Bibliothek.
Gaulsch: Thüringer Hof.
Schöna: Gasthof.
Zwenkau: Gasthof Stadt Leipzig.
- Westbezirk:**
Böhlitz-Ehrenberg: Grüne Aue.
Borsdorf: Gasthof.
Burgauen: Gasthof.
Dölsch: Goldener Löwe.
Enthra: Quelle.
Großdölitz: Weisches Hof.
Großschöcher: Restaurant Goldner Krug, Hauptstraße.
Knauffleeberg: Park Knauffgärt.
Lauten: Gasthof Lauten.
Leuscha: Alter Gasthof.
Markranstädt: Turnhalle, Kraufauer Straße.
Restaurant Lauer in Duesch.
- Mittitz:** Gasthof Großmittitz.
Mildmarzdorf: Stiefels Restaurant.
Schöna: Alter Gasthof.
Sebenitz: Gasthof und Restaurant Müller, Luftw.
- Nordbezirk:**
Hänichen: Casino.
Lindenthal: Vereinslokal.
Portitz: Vereinslokal.
Sehau: Vereinslokal.
Stahmel: Restaurant zur Post.
Thekla: Restaurant Steinberg.
Wahren: Restaurant Birkenhöfchen.
Wiederitzsch: Restaurant Nordpol.

Sonnabend, den 2. Oktober, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung im Alten Rathaus.
Tagesordnung: 1. U. S. P. und die Bedingungen von Moskau. Referent und Korreferent sind anwesend. 2. Freie Aussprache.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Ortsverwaltung Leipzig
Volkshaus (Saalgebäude), Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 8 Uhr
im Gesellschaftssaal des Volkshauses
Versammlung aller Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute der städt. Betriebe.
Die Betriebe müssen vollständig vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 1/10 Uhr
im großen Saal des Volkshauses
Versammlung d. gesamten Arbeiterschaft aller städtischen Betriebe.
Tagesordnung: 1. Endgültige Beschlussfassung über die Arbeitsniederlegung. — 2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Viktoria), 1. Stock, Zimmer 3-6, Tel. 12790.
Bureaustunden: Form. 9-11, Nachm. 5-7 1/2 Uhr, Sonnab. nur 9-11 Uhr.
Zahlstelle Leipzig.

Mittwoch, 6. Oktbr., 7 Uhr abends, Volkshaus, Gesellschaftssaal
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung: 1. Industrieverbände oder Betriebsorganisationen. Referent: Genosse Bieligk. 2. Quartalsbericht. 3. Gewerkschaftliches. Verbandsbücher vorzeigen!
Boranzzeige! Am 22. Oktober findet abends 7 Uhr im Volkshaus eine **Versammlung für unsere weiblichen Mitglieder** statt. Vortragende ist die Genossin Gerber. Die Funktionäre werden gebeten, für Bekanntwerden dieser Veranstaltung in den Betrieben Sorge zu tragen.
Die Ortsverwaltung.

Rossum-Berein Leipzig-Plagwitz u. Umgeg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Winter-Kartoffelversorgung!
Wir beginnen mit dem Verkauf der Winterkartoffeln ab unserem Hauptlager Plagwitz, Sahnstr. 87, und unserer Abteilung Mockau, Bahnstr. 2, mit dem heutigen Tage. Auf den Bahnhöfen Leipzig-Stötterich, Bayerischer Bahnhof, Privatgleis Mah & Co., erfolgt die Ausgabe in einigen Tagen und folgt hierüber noch Bekanntmachung.
Den Preis müssen wir vorläufig
ab Lager oder Bahnhof auf Mk. 35.—
frei Haus auf Mk. 37.—
festsetzen. Sollte die Reichsregierung einen niedrigeren Bezugspreis bestimmen, so werden wir die Preisermäßigung sofort eintreten lassen. Es wird den Mitgliedern dringend empfohlen, sich wenigstens mit einigen Zentnern Winterkartoffeln zu versorgen; denn sonst kann die Möglichkeit eintreten, daß viele Familien beim Eintritt von Frost ohne Kartoffeln sind. — Bestellungen nehmen sämtliche Lagerhalter der Kolonialwaren-Verkaufsstellen entgegen.
Die Qualität unseres Brotes hat sich bedeutend gebessert. Wir bitten die verehr. Mitglieder, den Brotbedarf wieder in unseren Verkaufsstellen zu decken.
Der Vorstand.

Beutha. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 8 Uhr. **Mitglieder-Versammlung** in der Guten Quelle. Tagesordnung: 1. U. S. P. und die 3. Internationale. Referent: Genosse Richard Dittich. 2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Böhlitz-Ehrenberg. Sonnabend, den 2. Oktober, Punkt 7 Uhr, **Versammlung** in der Großen Eiche (großer Saal). Tagesordnung: 1. Die Moskauer Bedingungen. Referenten: Genosse Eilrod und Herm. Müller. 2. Aussprache hierzu. — Mitgliedsbücher vorzeigen.

Großdeuben. Heute Freitag, abends 8 Uhr. **Mitglieder-Versammlung** im Weischen Hof. Tagesordnung: Die 3. Internationale. Ref.: Genosse Wuttko und Hahn. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Hänichen-Lützschena. Sonnabend, 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. **Mitglieder-Versammlung** im Kasino. Tagesordnung: 1. Parteiangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

L.-Reinsdorf. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 7 Uhr. **Halbjahres-Generalversammlung** in der Terrasse. Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht des Vorstandes. 2. Aussprache. 3. Parteiangelegenheiten. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. Zahlreichen Besuch erwartet.
D. V.

Knauffleeberg. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Ratseller, **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Parteiangelegenheiten (Moskau). 2. Ratsbericht. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.
NB. Sonntag, den 3. Oktober, zur Wahl das Mitgliedsbuch nicht vergesien!

Dölsch-Gaulsch. Sonnabend, 2. Oktober, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Thüringer Hof. Tagesordnung: 1. Gemeinde- und Elternratsbericht. 2. Verschiedenes. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, um 7 Uhr zu erscheinen.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Montag, d. 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, **Lossabend für Frauen und Vortrag** des Genossen K. Götze, Zwenkau, über Zwangsarbeit im Gambirinus, Lindenau, Obermannstraße 12. Zahlreichen Besuch erwartet.
D. V.

Probstheida. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Restaurant Julius. Tagesordnung: Die 3. Internationale und die U. S. P. D. In dieser Versammlung werden 2 Redner referieren und zwar für und gegen den Anschluß. Zu dieser wichtigen Versammlung sind alle Mitglieder vollständig und pünktlich eingeladen.
Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Genossen, die Bücher aus der Ortsvereinsbibliothek entliehen haben, werden aufgefordert, dieselben am Sonntag, 3. Oktober, abzuliefern, da Inventur stattfindet. Nächste Ausgabe wird bekanntgemacht. — Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Böhmerwald **Diskussionsabend** statt. Alle Genossen und Genossinnen sind eingeladen.
D. V.

Tauscha u. Umg. Sonnabend, den 2. Oktober, im Goldenen Löwen **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht von der Landesversammlung. Referent Genosse Buskamp. 2. Vorstandsbericht. 3. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Wahren. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. **Halbjahres-Generalversammlung** im Vereinslokal bei Trabisch. Tagesordnung: 1. Berichte des Vorstandes, des Kassierers, der Referenten, der Bibliothekare und der verschiedenen Kommissionen. Diskussion hierzu. 2. Bericht über die stattgefundene Landesversammlung. Diskussion hierzu. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.
Von Mittwoch, den 6. Oktober, ab ist die **Kinderbibliothek** wieder geöffnet und können Bücher jeden Mittwoch von nachm. 4 Uhr an entnommen werden. Wir erlauben uns flehliche Benützung.

Nach langem, schwerem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hatte, verschied am 29. Oktober im Krankenhaus St. Georg unser Laborant
Franz Hlawka, L.-Lindenau.
Er ist 15 Jahre lang in unserm Betriebe mit treuester Wüchtersfüllung tätig gewesen. Wir werden seiner leis in Ehren gedenken.
Leipzig-Plagwitz, den 30. Sept. 1920
Geschäftsleitung und Personal
der Brauerei C. W. Naumann A.-G.

Pünktlich und unerwartet verschied nach langem schwerem Leiden im 22. Lebensjahre unsere liebe gute, jüngste Schwester
Hilde Thiel.
Tiefbetrubt zeleben dies hierdurch an
Leipzig, den 30. 9. 20, Sternwartenstraße 43
Rofitz, S.-M.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Montag 10 Uhr Südrfriedhof.

Für die vielen Bemühungen herzlicher Teilnahme beim Hincheiden unseres lieben Sohnes sagen wir allen Bekannten u. Verwandten unsern tiefgefühltesten Dank.
Familie Kohfeldt.

Nach langem Leiden verschied unsere Kollegin
Berta Enke.
Durch langjährige Mitarbeit war sie uns lieb und wert geworden. Ihr Andenken werden wir jederzeit in Ehren halten.
Personal der Buchbinderei B. G. Toubner.